

DOING BUSINESS 2024

Basisinformationen



Übersicht zur Republik Ecuador

Offizieller Name:	Republica del Ecuador (Ecuadorianische Republik)
Hauptstadt:	Quito
Fläche:	256.370 km ²
Religion:	Katholisch (am meisten praktiziert)

Allgemeine Informationen

Amtssprache:	Spanisch
Regierungsform:	Demokratische Republik
Präsident:	Daniel Noboa Azín
Vizepräsident:	María Verónica Abad Rojas

Bevölkerung

Einwohnerzahl (Feb. 2024):	16,938,986 Einwohner
Wachstumsrate:	2,04%
BIP:	US\$ 115,462 Millionen
Pro Kopf:	US\$ 6,412

Wirtschaft

Wachstumsrate BIP:	4,2%
Inflationsrate:	1,9%
Offizielle Währung:	US-Dollar

Ecuador liegt an der Äquatoriallinie im Nordwesten Südamerikas, im Norden an Kolumbien und im Osten sowie Süden an Peru angrenzend, mit Zugang zum pazifischen Ozean im Westen. Das Land erstreckt sich über eine Fläche von 256.370 Quadratkilometern.

Der Staat setzt sich aktuell aus fünf Säulen zusammen: der Exekutive, der Legislative, der Judikative, dem Nationalen Wahlrat und dem Kontrollgremium für Transparenz und soziale Kontrolle.

Die Republik Ecuador ist in vier natürliche Regionen aufgeteilt: die Inselregionen, wo die Galapagosinseln zu finden sind (ca. 1.000km westlich der ecuatorianischen Küste); die Gebirgs- oder Andenregion, die den gesamten Mittelstreifen des Landes umfasst, in dem sich der Vulkan Chimborazo befindet, der als höchster Punkt Ecuadors gilt (6.310 Meter über dem Meeresspiegel), sowie andere Vulkane wie Cotopaxi, Antisana, Cayambe und andere; die Küstenregion, die vollumfänglich vom pazifischen Ozean umspült ist; und der Orient, der den ecuatorianischen Amazonas umfasst. Es ist weltweit das Land mit der höchsten Flussdichte pro km².

Quito ist die Hauptstadt. Die Einwohnerzahl beläuft sich 2,872,251 bzw. 3,106,822, wenn man äußeren Stadtrand miteinbezieht (Metropolregion). Hier befindet sich auch der Regierungssitz, wo sich alle Staatsgewalt konzentriert. Die Stadt wurde als Erste zum UNESCO Weltkulturerbe unter allen ecuatorianischen Weltkulturerben erklärt und gilt auch als kulturelles Zentrum des Landes. Außerdem ist das Klima in Quito recht unbeständig und schwankt zwischen niedrigen und hohen Temperaturen in kurzen Zeiträumen.

Nach den vorläufigen Daten der im Jahr 2023 durchgeführten Volks- und Wohnungszählung umfasst die Bevölkerung Ecuadors 16.938.986 Einwohner; die Bevölkerungsdichte wird auf 52 Einwohner pro Quadratkilometer geschätzt. Nach Schätzungen des Nationalen Instituts für Statistik und Volkszählung (INEC) verzeichnet Ecuador ein jährliches Bevölkerungswachstum von 2,04 % zwischen den Volkszählungen.

Für das Land ist charakteristisch, dass es multiethnisch und -kulturell ist. Es gibt viele Menschen verschiedenster Herkünfte und eine große Anzahl indigener Gruppen, die sich in drei Regionen des Landes befinden.

Zu den Hauptethnien zählen:

- Mischlinge 71,9%
- Montubios 7,4%
- Indigene 7%
- Weiße 6.1%
- Afroecuadorianer 7,2%

- Andere Ethnien 0,4%

Nach Angaben des INEC leben 75 % der Einwohner Ecuadors in städtischen Zentren, während 25 % in ländlichen Gebieten leben. Die Bevölkerung Ecuadors konzentriert sich hauptsächlich in den Küsten- und Hochlandregionen.

Die jährliche Wachstumsrate der Stadtbevölkerung wird auf 1,5 % geschätzt, während der Anteil der Landbevölkerung aufgrund von Binnenmigration in die Städte und Abwanderung zurückgegangen ist.

Die wichtigsten Städte Ecuadors im Hinblick auf die Bevölkerungsanzahl und die wirtschaftliche Aktivität sind die Folgenden:

- Pichincha - Quito
- Guayas - Guayaquil
- Azuay – Cuenca
- Santo Domingo de los Tsáchilas – Santo Domingo
- El Oro - Machala
- Manabí - Portoviejo
- Loja - Loja
- Tungurahua - Ambato
- Chimborazo - Riobamba
- Cotopaxi - Latacunga
- Bolívar - Guaranda
- Carchi - Tulcán
- Imbabura - Ibarra
- Cañar - Azogues
- Los Ríos - Babahoyo
- Esmeraldas - Esmeraldas
- Santa Elena - Santa Elena

- Sucumbíos - Nueva Loja
- Orellana - Puerto Francisco de Orellana
- Napo - Tena
- Pastaza - Puyo
- Morona Santiago - Macas
- Zamora Chinchipe - Zamora
- Galápagos - Puerto Baquerizo Moreno

Einleitung

Ecuador liegt im Nordwesten Südamerikas, im Norden an Kolumbien und im Osten sowie Süden an Peru angrenzend, mit Zugang zum pazifischen Ozean im Westen.

Seit dem Jahr 2000 ist der US-Dollar das gesetzliche Zahlungsmittel in Ecuador, wodurch es zum ersten Land in Lateinamerika wurde, welches sein nationales Zahlungsmittel abschaffte. Allgemein hat dies dazu geführt, dass im Vergleich zu anderen Ländern der Region die Wirtschaft wächst und die Inflationsraten auf einem stabilen Niveau bleiben.

Ecuador ist weltweit der Hauptexporteur von Garnelen und einer der Hauptexporteure von Bananen, Blumen und Kakao. Allerdings ist hinsichtlich des Preises und Volumens Öl das Hauptprodukt, welches exportiert wird, obwohl der Bergbau in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat.

Politisch gesehen ist Ecuador ein plurinationaler Staat des Rechts und der Gerechtigkeit, sozial, demokratisch, souverän, unabhängig, einheitlich, als Republik organisiert und dezentral verwaltet. Ecuador ist politisch und verwaltungstechnisch in 23 Festlandsprovinzen und eine Inselprovinz (Galapagosinseln) unterteilt.

I. Wirtschaft

Ecuador hat die sechstgrößte Wirtschaft unter der lateinamerikanischen Ländern und verzeichnete zwischen 2000 und 2006 ein durchschnittliches Wachstum von 4,6 %. Zwischen 2006 und 2014 lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Durchschnitt bei 4,6 %. Seit 2015 und trotz der Tatsache, dass Ecuador vom Rückgang der Ölpreise betroffen war und daher Höhen und Tiefen hatte, hat es im letzten Jahr ein zwischenjährliches

Wachstum von 0,7 % zwischen dem ersten Quartal 2023 und dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 vorgelegt.

Nach Angaben des Wirtschafts- und Finanzministeriums lag die Inflation im Jahr 2023 bei 1,35 % und die durchschnittliche jährliche Inflation für 2024 wird auf denselben Prozentsatz geschätzt, was mit Abstand die niedrigste in der Region ist. Die Arbeitslosenquote liegt nach wie vor bei etwa 3,2 Prozent, und es wird geschätzt, dass etwa 6,5 Millionen Ecuadorianer erwerbstätig und eine halbe Million nicht erwerbstätig sind.

Erdöl macht 29,2 % der Ausfuhren und 11,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus und trägt seit jeher zur Aufrechterhaltung einer positiven Gesamthandelsbilanz bei. Seit den späten 1960er Jahren hat die Ölförderung die Produktion des Landes gesteigert, und die Reserven werden auf rund 8,3 Milliarden Barrel geschätzt. Im Jahr 2022 wies die Erdölhandelsbilanz einen positiven Saldo von 1,835 Mrd. USD auf, ein Ergebnis, das um 24,7 % niedriger ausfiel, da der Wert der Ausfuhren von Erdölgütern (29,2 %) und der Einfuhren von Erdölgütern (70,9 %) gestiegen ist, beides hauptsächlich aufgrund der höheren internationalen Preise.

Allgemein und nach den von der ecuadorianischen Zentralbank veröffentlichten Zahlen verzeichnete die Gesamthandelsbilanz im Zeitraum von Januar bis November 2023 einen Überschuss von 1.746 Millionen USD. Dieser Überschuss ist jedoch hauptsächlich auf die Ölexporte zurückzuführen, die einen durchschnittlichen Wert von 87,7 USD pro exportiertem Barrel beibehielten.

Andererseits wies die Nicht-Öl-Bilanz einen Überschuss von 73 Mio. USD auf; für den Zeitraum von Januar bis November 2023 stiegen diese Exporte jedoch wertmäßig um 5,5 % (volumenmäßig um -4,2 %) und erreichten 16.659 Mio. USD, bezogen auf den Zeitraum von Januar bis November 2023.

Nicht-Öl-Exporte wie Garnelen, Fisch, Fischkonserven, Bananen, Kaffee, Naturblumen, Bergbauprodukte, Metall-, Leder- und Kunststoffprodukte, Holz, Chemikalien und Pharmazeutika, Obst, Pflanzenöle und andere beliefen sich zwischen Januar und Oktober 2023 auf insgesamt 18.592 Mio. USD, ein Wert, der um 21,4 % über dem des Jahres 2023 liegt. Dies zeigt ein Wachstum der Exporte des Landes.

Im Agrarsektor, besser bekannt als traditionelle Exporte, ist Ecuador ein wichtiger Exporteur von Bananen (weltweit an erster Stelle in Produktion und Export), Blumen und der viertgrößte Kakaoproduzent der Welt. Hervorzuheben ist, dass die Produktion von Garnelen, Bergbauprodukten, Naturblumen, Kaffee und anderen verarbeiteten Produkten erheblich zugenommen hat. Produkte wie Zuckerrohr, Reis, Baumwolle, Mais, Palmherzen und andere werden ebenfalls exportiert.

Die ecuadorianische Industrie ist hauptsächlich in Guayaquil, dem größten Industriezentrum des Landes, und in Quito, der Hauptstadt Ecuadors, konzentriert, wo die Industrie in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist; sie ist auch das größte Geschäftszentrum des Landes. Die Industrieproduktion ist hauptsächlich für den heimischen Markt bestimmt. Dennoch werden in begrenztem Umfang industriell gefertigte oder verarbeitete Produkte exportiert, darunter Konserven, Süßwaren, Schmuck, Möbel und andere.

Ecuador hat bilaterale Verträge mit anderen Ländern ausgehandelt, ist Mitglied der Andengemeinschaft (CAN), assoziiertes Mitglied des Gemeinsamen Marktes des Südens (MERCOSUR), Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Andenentwicklungsgesellschaft (CAF) und anderer multilateraler und internationaler Organisationen.

Das öffentliche Finanzsystem Ecuadors besteht aus der Zentralbank von Ecuador (BCE), der BanEcuador, der Entwicklungsbank von Ecuador (BDE), der Nationalen Finanzgesellschaft (CFN) und der Bank der ecuadorianischen Sozialversicherungsanstalt (BIESS).

WICHTIGE RECHTLICHE ASPEKTE BEIM FÜHREN VON GESCHÄFTEN

II. Unternehmerische Aspekte

Gründung eines Unternehmens in Ecuador

Das Gesellschaftsrecht kennt mehrere Arten von Gesellschaften. Die gängigsten sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Aktiengesellschaft und ab 2020 die vereinfachte Aktiengesellschaft (S.A.S.).

Darüber hinaus kann ein ausländisches Unternehmen in Ecuador eine Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmens gründen, das mindestens einen ständigen Vertreter oder Bevollmächtigten im Land haben muss.

Damit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Aktiengesellschaft oder eine S.A.S. in Ecuador gegründet werden kann, müssen folgende Punkte beachtet werden:

- 1) Es ist möglich, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eine Aktiengesellschaft oder eine S.A.S. mit einem einzigen Aktionär oder

Gesellschafter zu gründen, bei dem es sich um eine natürliche oder juristische Person handeln kann. Alle drei Gesellschaftsformen können durch eine öffentliche Urkunde oder ein privates Dokument gegründet werden.

- 2) Als Grundvoraussetzung kann die Gesellschaft mit beschränkter Haftung höchstens 15 Gesellschafter haben; überschreitet sie diese Höchstzahl, muss sie in eine andere Gesellschaftsform umgewandelt oder aufgelöst werden. Dagegen kann die Aktiengesellschaft wie die S.A.S. eine unbegrenzte Anzahl von Aktionären haben.
- 3) Das Mindestkapital für die Gründung einer Aktiengesellschaft wurde auf 800 US\$ festgesetzt, während es für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung 400 US\$ beträgt. Für die vereinfachte Aktiengesellschaft (S.A.S.) hingegen gibt es kein Mindestkapital für die Gründung. Unabhängig von der Gesellschaftsform wird das gesamte Kapital nach Abschluss des Gründungsprozesses auf das Bankkonto des Unternehmens eingezahlt. Gemäß den sekundären Einwanderungsbestimmungen muss das Kapital höher sein, wenn einer der Vertreter des Unternehmens ein Ausländer ist und ein Visum beantragen möchte; in diesen Fällen muss das Mindestkapital 45.000,00 \$ betragen.

Mit Ausnahme bestimmter spezifischer Tätigkeiten, für die eine Genehmigung oder Lizenz erforderlich ist, wie z. B. Transport, Auslagerung von Dienstleistungen (Sicherheit, Lebensmittel, Reinigung), Bankwesen, Versicherungen, Telekommunikation, kann der Unternehmenszweck einer lokalen Gesellschaft jede Tätigkeit umfassen, ohne dass eine zusätzliche Genehmigung erforderlich ist.

- 4) Die allgemeine Regel, für die es spezifische Ausnahmen gibt, ist, dass das Gesetz keine Beschränkung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Gesellschafter oder Aktionäre zulässt. Es gibt auch keine Beschränkung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Geschäftsführer/Vertreter der Gesellschaft; allerdings muss mindestens einer von ihnen seinen ständigen Wohnsitz in Ecuador haben. Dieser Verwalter muss, falls er ein Ausländer ist, ein Visum haben, um seine Funktion ausüben zu können.
- 5) Handelt es sich bei den Aktionären oder Gesellschaftern der in Ecuador zu gründenden Gesellschaft um ausländische Gesellschaften, muss deren rechtliche Existenz im Ausland durch ein von der zuständigen Behörde ausgestelltes Dokument nachgewiesen werden. Darüber hinaus müssen die Gesellschafter oder Aktionäre dieser Körperschaften im Ausland durch eine vom Sekretär der Gesellschaft ausgestellte Bescheinigung identifiziert werden, in der

die Gesellschafter oder Aktionäre aufgeführt sind, und zwar so lange, bis die letzte natürliche Person oder die letzte börsennotierte Gesellschaft ermittelt ist; in diesem Fall muss die Börsenbescheinigung vorgelegt werden.

- 6) Aktien oder Beteiligungen ausländischer Gesellschaften, die Gründer einer inländischen Gesellschaft sind, können keine "Inhaberaktien" sein, d.h. sie müssen eingetragen werden

Niederlassung eines ausländischen Unternehmens

Ein ausländisches Unternehmen kann in Ecuador eine Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmens eröffnen, sofern seine Satzung die Möglichkeit vorsieht, außerhalb seines Herkunftslandes tätig zu werden.

Um eine Niederlassung eines ausländischen Unternehmens in Ecuador zu eröffnen, muss nachgewiesen werden, dass es in seinem Herkunftsland existiert und dass es beschlossen hat, in Ecuador tätig zu werden. Daher sind die folgenden Dokumente erforderlich:

- 1) Beglaubigte oder apostillierte Kopien des Gesellschaftsvertrags des ausländischen Unternehmens.
- 2) Beglaubigte oder apostillierte Kopien des Beschlusses der für das Unternehmen zuständigen Stelle zur Eröffnung einer Zweigniederlassung.
- 3) Beglaubigte oder apostillierte Kopien des Beschlusses der für das Unternehmen zuständigen Stelle zur Eröffnung einer Zweigniederlassung.
- 4) Allgemeine Vollmacht zugunsten eines ausländischen oder ecuadorianischen Staatsbürgers zur Vertretung der Niederlassung mit weitreichenden Vollmachten. Es wird empfohlen, zu berücksichtigen, dass im Falle eines ausländischen Staatsbürgers gleichzeitig mit dem Domizilierungsverfahren ein Aufenthaltsvisum beantragt werden muss.
- 5) Bereitstellung eines Kapitals für die Zweigstelle in Höhe von mindestens 2.000 US-Dollar, das auf ein lokales Bankkonto eingezahlt werden muss. Gemäß den sekundären Einwanderungsbestimmungen muss das Kapital höher sein, wenn einer der Vertreter des Unternehmens ein Ausländer ist und ein Visum beantragen möchte. Das Mindestkapital muss in diesen Fällen 45.000,00 \$ betragen.
- 6) Bescheinigung über die rechtliche Existenz des ausländischen Unternehmens.

Gesetzliche Vertretung

Die gesetzliche Vertretung wird definiert als die Befugnis, die das Gesetz einer Person erteilt, im Namen einer anderen, natürlichen oder juristischen Person zu handeln, wobei die Wirkungen dieser Handlungen der letzteren zukommen. Im Bereich der Unternehmen versteht man darunter die gesetzliche, gerichtliche und außergerichtliche Vertretung, die ein Dritter ihnen gegenüber hat.

Um die gesetzliche Vertretung in Ecuador zu verstehen, ist es notwendig, zwischen der gesetzlichen Vertretung lokaler Unternehmen und der gesetzlichen Vertretung von Niederlassungen ausländischer Unternehmen zu unterscheiden.

Ecuadorianische Unternehmen (die auch Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sein können) werden durch das ecuadorianische Rechtssystem gegründet und geregelt und haben ihren ständigen Sitz auf ecuadorianischem Gebiet. Auf der anderen Seite sind die Zweigstellen ausländischer Unternehmen solche, die nach einem anderen Rechtssystem als dem ecuadorianischen gegründet und reguliert sind und die beschließen haben, eine Zweigstelle in Ecuador zu gründen.

a. Lokale Unternehmen

Bei lokalen Gesellschaften muss die Hauptversammlung der Aktionäre oder Gesellschafter den gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft in Übereinstimmung mit der Satzung ernennen (die Position, die Aufgaben und die Zuständigkeiten des gesetzlichen Vertreters müssen in der Satzung der Gesellschaft festgelegt werden), sofern nichts anderes vorgesehen ist.

Die wichtigste Aufgabe ist die rechtliche, gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Unternehmens.

Die üblichen Bezeichnungen für den gesetzlichen Vertreter sind: "Manager", "Generaldirektor", "Präsident", "Vizepräsident", "geschäftsführender Vizepräsident" und andere.

b. Zweigstelle eines ausländischen Unternehmens

Für die Zweigniederlassung einer ausländischen Gesellschaft wird der Generalbevollmächtigte der Zweigniederlassung von der Aktionärs- oder Gesellschafterversammlung der ausländischen Muttergesellschaft ernannt. Das Verfahren zur Ernennung eines Bevollmächtigten einer Zweigniederlassung ist im Vergleich zur Ernennung eines gesetzlichen Vertreters einer ecuadorianischen Gesellschaft länger, da in diesem Fall die Vollmacht der Superintendencia de Compañías, Valores y Seguros (Oberaufsichtsbehörde

für Unternehmen, Wertpapiere und Versicherungen) bekannt sein und von dieser genehmigt werden muss.

Das Fehlen eines Bevollmächtigten für eine Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmens ist ein Grund für die lokale Behörde, die Betriebsgenehmigung des ausländischen Unternehmens zu entziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Pflichten und Verantwortlichkeiten des gesetzlichen Vertreters einer lokalen Gesellschaft im Gegensatz zu denen des Bevollmächtigten einer Zweigniederlassung einer ausländischen Gesellschaft sehr ähnlich sind. Die wichtigste Aufgabe ist die rechtliche, gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Unternehmens oder der Zweigniederlassung (das Fehlen eines gesetzlichen Vertreters hat unterschiedliche Folgen für das lokale Unternehmen oder die Zweigniederlassung).

Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, dass sich die Niederlassung eines ausländischen Unternehmens in eine ecuadorianische Gesellschaft umwandelt. In diesem Fall wird die Muttergesellschaft zum Aktionär der umgewandelten Gesellschaft.

Die aus der Umwandlung hervorgegangene Gesellschaft hat eine von der in Ecuador ansässigen ausländischen Gesellschaft unabhängige Rechtspersönlichkeit; letztere haftet jedoch gesamtschuldnerisch für die bis zu diesem Zeitpunkt von der Zweigniederlassung der ausländischen Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen.

c. Migration von Unternehmen

Jede im Ausland gegründete und ansässige Gesellschaft kann ihren Sitz nach Ecuador verlegen, sofern das Gesetz dies nicht verbietet, wobei sie ihre Rechtspersönlichkeit beibehält und ihre Satzung und Statuten an die Gesellschaftsform (Aktiengesellschaft, AG, S.A.S. u.a.) anpasst, die sie annehmen möchte.

Für die Migration nach Ecuador muss das Unternehmen die Gesellschaft im Ausland auflösen und seine Ansiedlung durch einen Beschluss oder ein Gesetz des zuständigen Organs der Gesellschaften mit den folgenden Vereinbarungen formalisieren:

1. Die Entscheidung, sich in Ecuador niederzulassen;
2. Die Annahme der gewählten Gesellschaftsform in Übereinstimmung mit der ecuadorianischen Gesetzgebung; die Angemessenheit der Satzung und des Textes der Statuten;

3. Die Benennung der Person, die zur rechtlichen Vertretung und zur Unterzeichnung der öffentlichen Urkunde in Ecuador befugt ist, mit der die Vereinbarung über die Wohnsitzverlegung formalisiert wird; und,
4. Entscheidung, bei der zuständigen Institution im Heimatland die Löschung der Eintragung des Unternehmens zu beantragen.

Diese Unterlagen müssen der Oberaufsichtsbehörde für Unternehmen, Wertpapiere und Versicherungen vorgelegt werden, damit die von der Gesellschaft getroffenen Entscheidungen durch einen entsprechenden Beschluss genehmigt und ihre Eintragung in das Handelsregister bzw. in das Unternehmensregister der Oberaufsichtsbehörde angeordnet werden kann; auch die anderen erforderlichen Formalitäten müssen erfüllt werden.

Darüber hinaus wird dem Unternehmen eine Frist von dreißig Tagen eingeräumt, um die Annullierungsbescheinigung im Ursprungsland vorzulegen.

d. Verlegung des Sitzes ins Ausland

Die Verlegung des Sitzes einer ecuadorianischen Gesellschaft ins Ausland kann nur erfolgen, wenn der Staat, in dessen Hoheitsgebiet sie verlegt wird, die Beibehaltung der Rechtspersönlichkeit der Gesellschaft erlaubt.

Wenn die Gesetzgebung des Bestimmungsstaates dies zulässt, muss die auswandernde Gesellschaft ihre Verlegung ins Ausland formalisieren. Sobald diese internationale Sitzverlegung abgeschlossen ist, wird die Gesellschaft in Ecuador gelöscht.

Unternehmen, die sich in Konkurs, in Liquidation oder im Insolvenzverfahren befinden, können ihren Sitz nicht ins Ausland verlegen.

e. Über die Pflicht zur Bestellung eines Bevollmächtigten in Ecuador

Unser Gesetz und die Nebenbestimmungen legen bestimmte Fälle fest, in denen in Ecuador ein Bevollmächtigter bestellt werden muss. Diese sind:

- Wenn ein ausländisches Unternehmen Aktien oder Beteiligungen an einem lokalen Unternehmen hält.
- Wenn ein ausländisches Unternehmen ohne Niederlassung gelegentlich oder sporadisch in Ecuador tätig werden möchte.
- Um ein Angebot bei einer öffentlichen Ausschreibung abzugeben, besteht keine rechtliche Verpflichtung, einen Bevollmächtigten zu

haben. In der Praxis ist es jedoch notwendig, die Ausschreibungsbedingungen zu analysieren.

- Sobald der Auftrag in einem Verfahren vergeben wurde, ist vor der Unterzeichnung eine Vollmacht erforderlich. Wenn die Bedingungen von Artikel 6 des Gesellschaftsgesetzes erfüllt sind, sollte das Unternehmen sogar eine Zweigniederlassung eröffnen.

III. Besteuerung

Seit 2008 wurden neue Steuervorschriften erlassen, die jedes Jahr geändert wurden, um den Anteil der staatlichen Steuereinnahmen an der Wirtschaft zu erhöhen und die Steuerlast zu steigern. Darüber hinaus werden das Steuerrecht und das Steuersystem als Instrument zur Umverteilung der öffentlichen Einnahmen genutzt.

Die letzte Reform des Steuerrechts wurde am 29. November 2021 mit dem Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung verabschiedet, welches Änderungen des ecuadorianischen Steuersystems ab dem Jahr 2022 vorsieht.

1. **Einkommenssteuer:**

Die Einkommenssteuer wird auf ausgeschüttete oder nicht ausgeschüttete Gewinne zu einem allgemeinen Satz von 25 % erhoben, unabhängig davon, ob es sich um einheimische Unternehmen oder Niederlassungen ausländischer Unternehmen handelt, einschließlich solcher, die in der Öl- und Mineralienförderung tätig sind.

Wenn die Aktionäre eines Unternehmens in einem der 87 von der Steuerbehörde als Steuerparadiese eingestuft Länder ansässig sind und der wirtschaftliche Eigentümer in Ecuador ansässig ist oder wenn die Angaben zu den Aktionären nicht vorgelegt werden, beträgt der Einkommensteuersatz ab 2022 28 %.

Andererseits gelten für Neuinvestitionen differenzierte Einkommensteuersätze. Erstens kann für Neuinvestitionen eine Steuerermäßigung von 3 Prozentpunkten in Anspruch genommen werden, so dass der Einkommensteuersatz bei 22 % liegt. Bei Neuinvestitionen im Rahmen von Investitionsverträgen ist eine Ermäßigung von bis zu 5 Prozentpunkten möglich, so dass der Einkommensteuersatz bei 20 % liegt.

Ausländische Einkünfte/ Ausländische Einkünfte werden mit der Einkommensteuer besteuert, aber die gezahlte Steuer wird in Ecuador als Steuergutschrift anerkannt.

Zahlungen ins Ausland / In den meisten Fällen sind Zahlungen ins Ausland abzugsfähig, sofern eine Quellensteuer von 25 % des Zahlungsbetrags

einbehalten wurde. Wenn der Empfänger von Zahlungen im Ausland in einem der 87 Länder ansässig ist, die von der Steuerbehörde als Steueroasen eingestuft werden, beträgt die Quellensteuer 35 %. Zahlungen für Importe, für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der audiovisuellen Produktion und andere sind abzugsfähig und unterliegen keinem Einkommensteuerabzug.

Sonstige Steuern/Sonstige Steuern und Beiträge, wie z. B. zur Sozialversicherung, sind bei der Einkommenssteuer absetzbar, mit Ausnahme von Strafen und Zinsen für verspätete Zahlungen.

Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer/ Nach dem Arbeitsgesetzbuch müssen die Unternehmen den Arbeitnehmern 15 % ihres Gewinns vor Steuern zahlen, die bei der Einkommensteuer abzugsfähig sind.

Konsolidierte Besteuerung / Eine konsolidierte Besteuerung ist nicht zulässig.

Quellensteuer / Zusätzlich zur Quellensteuer von 25 % bzw. 35 %, die auf ausländische Zahlungen an Gebietsfremde erhoben wird, gibt es im Inland Quellensteuersätze von 1 % bis 10 %.

Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA) / Ecuador wendet den Beschluss 578 der Andengemeinschaft an, der die Doppelbesteuerung zwischen den Mitgliedsländern verhindert und abmildert. Darüber hinaus hat Ecuador solche Abkommen mit Belarus, Belgien, Brasilien, Kanada, Chile, China, Frankreich, Deutschland, Italien, Rumänien, Spanien, Mexiko, der Schweiz, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Japan, Korea, Uruguay, Katar und Singapur.

2. Andere Steuern:

Steuer	Steuersatz
Mehrwertsteuer auf die Verschaffung von Waren, die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen und die Erbringung von Dienstleistungen. Die auf Käufe gezahlte Mehrwertsteuer ist eine Steuergutschrift, die mit der Mehrwertsteuer auf Verkäufe verrechnet werden kann.	12%
Besondere Verbrauchssteuer auf Autos, Flugzeuge, Hubschrauber und Boote sowie auf Zigaretten, alkoholische Getränke, alkoholfreie Getränke, Gaskocher und Gasheizungen.	5% - 100%
Gemeindesteuer auf das Gesamtvermögen auf die Summe der Aktiva abzüglich der kurzfristigen Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten.	0.15%

Kommunale Patentsteuer	Bis USD 25,000 pro Jahr
Grundsteuer auf den geschätzten Wert der Immobilie.	0,25 Promille bis zu 5 Promille
Steuer auf Devisenabflüsse auf alle im Ausland getätigten Zahlungen über 1.350 USD mit Ausnahme von Dividenden.	3,75% 3,50% (ab 1 Juli 2023). 2% (ab 31 Dezember 2023).

I. Investitionen in Ecuador

a. Rechtlicher Rahmen

Auf dem Gebiet der Investitionen unterliegt Ecuador der Verfassung der Republik, den geltenden internationalen Verträgen, dem Gesetzbuch für Produktion, Handel und Investitionen (COPCI) und den entsprechenden Vorschriften. Ebenso gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die das derzeitige nationale Investitionsklima prägen.

Historisch gesehen wurde der rechtliche Rahmen für Investitionen seit 1997 mit dem Gesetz über die Förderung und Garantie von Investitionen entwickelt, das die ersten im Land verfügbaren Mechanismen für den Schutz von Investitionen darstellte. Mit der Verfassung der Republik aus dem Jahr 2008 wurde festgelegt, dass der Staat in- und ausländische Investitionen fördert und je nach Art der Investitionen spezifische Regelungen aufstellt, wobei inländischen Investitionen Vorrang eingeräumt wird. Zu den Leitkriterien für Investitionen gehören die produktive Diversifizierung, die technologische Innovation und die Schaffung eines regionalen und sektoralen Gleichgewichts.

So wurde 2010 der COPCI erlassen, zu dessen Zielen die Regulierung von produktiven Investitionen in strategischen Wirtschaftssektoren gehört. Dieses Gremium regelt verschiedene Arten von Investitionen und Mechanismen für deren Schutz sowie Anreize für ihre Durchführung. Später, im Jahr 2018, wurde das Gesetz zur Förderung der Produktion erlassen, das neue Anreize für Investitionen vorsieht und das Kontrollsystem stärkt.

Im Jahr 2021 wurde das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung (LODE) verabschiedet, das die Investitionsregelung in einigen Aspekten reformiert, darunter die Abschaffung der prioritären Sektoren und die Liberalisierung der Investitionen für alle Wirtschaftssektoren. Darüber hinaus werden darin die wichtigsten Anreize für neue Investitionen festgelegt, die durch Investitionsverträge geschützt werden.

Schließlich wurden im Jahr 2023 verfahrenstechnische und institutionelle Aspekte des ecuadorianischen Investitionssystems durch das Gesetz über wirtschaftliche Effizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie durch das

Exekutivdekret 157, das die Verordnungen zu diesem Gesetz enthält, reformiert. Das vorgenannte Gesetz legt auch zwei äußerst wichtige Mechanismen für Investitionen in Ecuador fest: die delegierte Verwaltung und öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sowie Freihandelszonen.

b. Institutioneller Rahmen

Die an der ecuadorianischen Investitionsregelung beteiligten Institutionen sind:

- Strategischer Ausschuss für die Förderung und Anziehung von Investitionen (CEPAI): Wurde durch das Exekutivdekret Nr. 252 von 2017 geschaffen, um die Funktionen des sektoralen Rates für Produktion in Investitionsangelegenheiten zu übernehmen. Er ist das höchste Gremium mit Zuständigkeit für Investitionsfragen auf nationaler Ebene (einschließlich Investitionsverträge und Freizonen). Er setzt sich zusammen aus: Ministerium für Produktion, Außenhandel, Investitionen und Fischerei (Vorsitz im Kollegium und ausschlaggebende Stimme), Ministerium für Wirtschaft und Finanzen, Generalsekretariat des Kabinetts des Präsidenten der Republik und Nationales Planungssekretariat. Die Steuerbehörde nimmt mit Stimme, aber ohne Stimmrecht teil.
- Ministerium für Produktion, Außenhandel, Investitionen und Fischerei (MPCEIP): Ausführende Stelle der CEPAI-Politik und -Strategie, Bewertung von Investitionsverträgen und Freihandelszonenprojekten.
- Sekretariat für öffentlich-private Investitionen: Planung und Priorisierung von Projekten in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften sowie von privaten Initiativen.
- Ministerium für Wirtschaft und Finanzen (MEF): Bewertet den Steuerverlust, der durch den Zugang zu Investitionsanreizen entstehen könnte.
- APP-Ausschuss: Gremium zur Genehmigung von Projekten im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften. Ihm gehören das Sekretariat für öffentlich-private Investitionen, MPCEIP, MEF und das nationale Planungssekretariat an. Er ist für die Herausgabe von Strategien und Leitlinien für die Durchführung von APP-Projekten zuständig.

c. Konzept und Modalitäten der Investitionen

Der COPCI definiert Neuinvestitionen für die Anwendung der Anreize als den Fluss von Ressourcen, die zur Erhöhung des Kapitalstocks der Wirtschaft bestimmt sind:

- 1) durch effektive Investitionen in produktive Vermögenswerte,
- 2) welche die künftige Produktionskapazität zu erweitern ermöglichen,
- 3) ein höheres Niveau der Produktion von Waren und Dienstleistungen zu erreichen, und

die unter den in der Verordnung vorgesehenen Bedingungen zwangsläufig neue Arbeitsplätze schaffen, sei es in neuen oder bestehenden Unternehmen. Die bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse an Vermögenswerten zwischen verbundenen Parteien stellt keine neue Investition dar.

Als Neuinvestitionen gelten auch alle Investitionen, die für die Durchführung öffentlicher Projekte im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft getätigt werden.

Darüber hinaus werden in Artikel 29 der Verordnung zum Gesetz über die wirtschaftliche Effizienz und die Schaffung von Arbeitsplätzen die Modalitäten von Investitionen im Einzelnen aufgeführt, darunter die Beteiligung am Kapital eines neuen oder bestehenden Unternehmens, der Erwerb von Rechten am Kapital, der Erwerb von Rechten an autonomen Gütern, der Erwerb von Immobilien und beweglichen Gütern, vertragliche Rechte, immaterielle technologische Beiträge und andere.

d. Rechte des Investors

Das ecuadorianische Investitionssystem garantiert Investoren die Freiheit, legale Waren und Dienstleistungen zu produzieren und zu vermarkten, den Zugang zu Verwaltungsverfahren und Kontrollmaßnahmen, die Freiheit, im Rahmen der geltenden Vorschriften zu importieren und zu exportieren, den freien Transfer von Fremdwährungen ins Ausland, die freie Überweisung von Mitteln zur Liquidation, die Freiheit, über Eigentumsrechte an ihren Investitionen zu verhandeln, und vieles mehr.

e. Investitionsverträge

Der Investitionsvertrag, der den Investitionsschutzabkommen (IPAs) entspricht, ist eine Vereinbarung, in der die Bedingungen für die neue Investition festgelegt werden, einschließlich des Betrags, der Laufzeit und der steuerlichen und nichtsteuerlichen Vorteile, die von der CEPAL bestimmt werden. Die Investitionsverträge werden von dem Vertreter der Einrichtung, die den Vorsitz der CEPAL innehat, derzeit die MPCEIP, unterzeichnet und müssen in einer öffentlichen Urkunde ausgefertigt werden.

Investitionsverträge können während ihrer Laufzeit unter den folgenden Bedingungen stabile Steueranreize bieten:

- Es handelt sich um eine neue Investition
- Das Projekt hat eine Mindestinvestitionssumme von 1 Million USD.
- Im Jahr der Unterschrift oder im darauffolgenden Jahr müssen mindestens 100.000 USD investiert werden.

- Die während des Investitionszeitraums angefallenen Steuervorteile dürfen in keinem Fall den Investitionsbetrag übersteigen.
- Günstige Stellungnahme der Finanzbehörde.
- Genehmigung der CEPAL.

Zu den Vorteilen von Investitionsverträgen gehören:

- Stabilität der steuerlichen Anreize
 - Senkung der Einkommensteuer um bis zu 5 Prozentpunkte
 - Befreiung von der Verbrauchssteuer auf Devisen
 - Zollbefreiung
- Allgemeine Steuerstabilität für mittlere und große Metallbergbaubetriebe. Anwendbar für andere Industrien, ab 100 Millionen Dollar und mit einem positiven Bericht des Regierungsorgans.
- Rechtliche Stabilität der sektorspezifischen Rechtsvorschriften, die als wesentlich erklärt wurden
- Zugang zu nationalen und internationalen Schiedsgerichten nach den geltenden Vorschriften.

Schließlich umfasst das Verfahren für Investitionsverträge die folgenden Phasen:

- 1) Kontakt mit MPCEIP - Unterstaatssekretariat für Investitionen;
- 2) Persönliche Antragstellung bei der zuständigen Behörde;
- 3) Ausarbeitung von juristischen Fachberichten der MPCEIP und des Leitungsorgans;
- 4) Präsentation des Projekts vor dem EIOPC-Unterausschuss;
- 5) Ersuchen um Stellungnahme an das MEF;
- 6) Genehmigung des Projekts im EIOPC durch Beschluss;
- 7) Unterzeichnung der öffentlichen Urkunde über den Investitionsvertrag.

Sollte eine der Investitionsverpflichtungen geändert werden müssen, wird der Mechanismus in Form eines Nachtrags zum Investitionsvertrag erfolgen, der Bestandteil des Vertrags wird und die gewährte Stabilität nicht beeinträchtigt.

f. Andere sektorale Investitionsanreize

Ungeachtet der Tatsache, dass das Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung die Investitionen für alle Sektoren liberalisiert hat, gibt es einige Wirtschaftszweige, die als strategisch oder vorrangig eingestuft wurden und für die besondere Anreize für neue Investitionen bestehen:

- Investitionen in die Umstellung auf die Erzeugung von nicht-konventionellen erneuerbaren Energien, die Produktion, die Industrialisierung, den Transport, die Lieferung und die Vermarktung von Erdgas oder grünem Wasserstoff in Ecuador: diese können 10 Jahre lang von der Einkommenssteuer befreit werden, gerechnet ab dem ersten Jahr, in dem Einkünfte erzielt werden, die direkt und ausschließlich der neuen Investition zuzurechnen sind.
- Neue Investitionen für den Tourismussektor: - haben Anspruch auf eine Einkommenssteuerbefreiung für 7 Jahre, gerechnet ab dem ersten Jahr, in dem die direkt und ausschließlich der neuen Investition zurechenbaren Einnahmen erzielt werden. Zu diesem Zweck müssen die Investitionsprojekte mindestens USD 100.000,00 betragen und mindestens 10% davon müssen für den ländlichen Tourismus bestimmt sein.
- Aktivitäten des audiovisuellen Sektors in seinen verschiedenen Phasen: Durch das Gesetz über die digitale und audiovisuelle Transformation wurde die audiovisuelle Produktion (Entwicklung, Vorproduktion, Produktion, Postproduktion und Vertrieb von audiovisuellen Inhalten) zu einem Sektor von nationalem Interesse erklärt. Um diese Aktivitäten in Ecuador sowie ausländische Investitionen im audiovisuellen Bereich zu fördern, sind folgende Anreize vorgesehen:
 - Zollbefreiung: für die Einfuhr von Waren, die für die Produktion von audiovisuellen Werken erforderlich sind, die vom Außenhandelsausschuss aufgelistet sind, durch Unternehmen, die in der audiovisuellen Produktion tätig sind.
 - Befreiung von der Steuer auf den Ausgang von Fremdwährungen: für Zahlungen im Ausland zum Zweck der audiovisuellen Produktion und künstlerischen und kulturellen Aktivitäten. Gilt für die Einfuhr von Ausrüstungen, die Zahlung von Gehältern und Honoraren an Ausländer, die Dienstleistungen erbringen.
 - Einkommensteuerbefreiung: für Zahlungen im Ausland für die Erbringung von audiovisuellen Produktionsdienstleistungen. Darüber hinaus unterliegen die Gläubiger solcher Zahlungen nicht der Quellensteuer, sofern sie eine Bescheinigung über ihren steuerlichen Wohnsitz vorlegen können.
 - Mehrwertsteuerbefreiung: für digitale Dienstleistungen in jeder Phase der Produktion von audiovisuellen Inhalten.

Darüber hinaus ist die Regelung für das Audiovisuelle Investitionszertifikat (CIA) in Kraft. Diese handelbare Sicherheit stellt eine Steuergutschrift von bis zu 37% der Kosten und Ausgaben dar, die in Ecuador für audiovisuelle und logistische Dienstleistungen in der audiovisuellen Industrie anfallen. Für die Anwendung dieser Regelung ist die entsprechende technische Norm in Kraft, in der die Funktionsweise, die Mindestwerte und das Verfahren zur Erlangung des Zertifikats festgelegt sind.

Die CIA wird vom Branchenausschuss der Filmindustrie (COSICA) geprüft und genehmigt und vom Internal Revenue Service ausgestellt.

II. Arbeitsrecht

Der Geltungsbereich des Arbeitsrechts in unserem Land wird hauptsächlich durch die Verfassung der Republik Ecuador, die internationalen Verträge zu diesem Thema, die Entschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und das Arbeitsgesetzbuch bestimmt.

In diesem Sinne legt die Verfassung fest, dass Arbeit ein Recht und eine soziale Pflicht sowie ein wirtschaftliches Recht ist, eine Quelle der persönlichen Entfaltung und die Grundlage der Wirtschaft.

Das Arbeitsverhältnis in Ecuador - zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer - muss bilateral und direkt sein.

Daher ist jede Form von prekärer Arbeit wie die Vermittlung von Arbeitskräften und die Auslagerung von Tätigkeiten des Unternehmens oder des Arbeitgebers verboten.

Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen in unserem Land sehen jedoch die Möglichkeit vor, zwei Arten von Dienstleistungen zivilrechtlich zu vergeben, und zwar:

- Ergänzende Tätigkeiten; und,
- spezialisierte technische Dienstleistungen.

Erstere sind Dienstleistungen, die von juristischen Personen erbracht werden und als Tätigkeiten verstanden werden, die die Haupttätigkeit der Unternehmen ergänzen. Bei letzteren handelt es sich um Tätigkeiten, die nicht mit der normalen Geschäftstätigkeit zusammenhängen, wie weiter unten erläutert wird.

Gemäß dem Gründungsmandat Nr. 8 und der zugehörigen Durchführungsverordnung können ergänzende Tätigkeiten nur Folgende sein:

- Sicherheit,
- Vormundschaft,
- Lebensmittelversorgung,
- Reinigung; und,
- Kurierdienste

Die Erbringung dieser Tätigkeiten kann vom Arbeitgeberunternehmen an Dritte vergeben werden, allerdings mit Solidarität des Arbeitgebers.

Im Gegenteil, kann ein Unternehmen zivilrechtlich, ohne jegliche Haftung oder Solidarität des Arbeitgebers, Tätigkeiten in Auftrag geben, die nicht mit seinem Geschäftsfeld zusammenhängen, wie z. B. Buchhaltung, Wirtschaftsprüfung, Rechtsberatung, IT-Dienstleistungen und andere.

Das ecuadorianische Arbeitsrecht verpflichtet die Arbeitgeber, 15 % des Gewinns des Geschäftsjahres als Beteiligung auszuschütten, der entsprechend den familiären Verpflichtungen des Arbeitnehmers verteilt wird.

Dies gilt für Arbeitnehmer im Allgemeinen; das Kohlenwasserstoffgesetz und das Bergbaugesetz, die von besonderer Natur und Anwendung sind, legen jedoch fest, dass Arbeitnehmer, die mit Kohlenwasserstoff- und Bergbautätigkeiten verbunden sind, nur 3 % des Gewinnanteils erhalten und die restlichen 12 % an den Staat und die autonomen dezentralen Regierungen gezahlt werden.

Es folgt eine Reihe von allgemeinen Begriffen und Aspekten, die derzeit im ecuadorianischen Arbeitsrecht gelten.

Das Arbeitsentgelt ist eines der grundlegenden Elemente des Arbeitsvertrags, denn es ist die Gegenleistung, die der Arbeitnehmer für die Erbringung seiner Dienste erhält und stellt ein Grundrecht des Arbeitnehmers dar. Die rechtzeitige und vollständige Zahlung des Arbeitsentgelts ist eine der ersten Pflichten des Arbeitgebers gegenüber seinem Arbeitnehmer.

Entgelt ist der Oberbegriff für die Gegenleistung, die der Arbeitnehmer erhält, im Gegensatz zu den verschiedenen Modalitäten wie Lohn, Tageslohn und Gehalt.

Der **Lohn** ist das Entgelt, das der Arbeitnehmer für seine Arbeit erhält.

Wenn es auf der Basis von Arbeitstagen bezahlt wird, in Werkverträgen, in Verträgen für Aufgaben, wird es **Tageslohn** genannt.

Das **Gehalt** ist das Entgelt, das dem Arbeitnehmer gezahlt wird. Es wird monatlich gezahlt, obwohl auch andere Fristen wie z. B. vierzehntägig vereinbart werden können.

Mindestlohn, existenzsichernde Löhne und einheitlicher Mindestgrundlohn:

Das **einheitliche Mindestentgelt** ist ein Produkt des oben genannten Gesetzes, das einen Prozess der Vereinheitlichung der verschiedenen Lohnbestandteile einleitete, der 2005 seinen Höhepunkt erreichte. Es handelt sich dabei um die Mindestvergütung für Arbeiter und Angestellte, die jährlich festgelegt wird, und für das Jahr 2024 wurde ein Betrag von 460 Dollar festgelegt.

Zusatzleistungen zum Gehalt:

Dreizehntes Arbeitsentgelt oder Weihnachtsgeld. Die Arbeitnehmer haben das Recht, bis zum 24. Dezember eines jeden Jahres ein Entgelt in Höhe eines Zwölftels des Entgelts zu erhalten, das sie am 1. Dezember des Jahres vor der Auszahlung erhalten haben, und zwar bis zum 30. November des Jahres, in dem das Entgelt ausgezahlt wird, **wenn der Arbeitnehmer beschließt, es kumuliert zu erhalten, andernfalls kann er den entsprechenden Betrag monatlich erhalten.**

Vierzehntes Entgelt oder Schulprämie. Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf eine Jahresprämie in Höhe des zum Zeitpunkt der Auszahlung geltenden einheitlichen Mindestgrundgehalts für Arbeitnehmer im Allgemeinen, die in den Küsten- und Inselregionen bis zum 15. März und in den Hochland- und Amazonasregionen bis zum 15. August gezahlt wird, **wenn der Arbeitnehmer beschließt, sie kumuliert zu erhalten, andernfalls kann er den entsprechenden Wert auf monatlicher Basis erhalten.**

Streik und Arbeitslosigkeit:

Der **Streik** ist die kollektive Arbeitsniederlegung durch die Arbeitnehmer und der Zusammenschluss, um durch den davon ausgehenden Druck den Arbeitgeber dazu zu bewegen, eine Lösung eines Konflikts zu erreichen. Diese Aussetzung ist legal, wenn sie den Bestimmungen von Artikel 467 und den folgenden Artikeln des Arbeitsgesetzes entspricht.

Arbeitsniederlegung ist die von einem Arbeitgeber oder mehreren angeschlossenen Arbeitgebern (Arbeitgeberverband) vereinbarte Aussetzung der Arbeit nur in folgenden Fällen: wenn eine allgemeine Wirtschaftskrise oder besondere Ursachen ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen betreffen und wenn die Aussetzung der Arbeit die einzige Möglichkeit ist, die Zwangsliquidation des Unternehmens zu vermeiden.

Art der derzeit geltenden Arbeitsverträge:

Unbefristeter Vertrag:

Es handelt sich um einen Vertrag, bei dem die Parteien keine ausdrückliche Vereinbarung über die Dauer des Vertrags getroffen haben oder bei dem ausdrücklich vereinbart wurde, dass es sich um einen unbefristeten Vertrag handelt, d. h. dass er keinen festen Zeitpunkt für seine Beendigung hat, oder bei Verträgen, die eine feste Laufzeit hatten und das Arbeitsverhältnis nach Ablauf dieser Laufzeit fortgesetzt wurde.

Teilzeit:

Verträge, die die Erbringung von persönlichen Dienstleistungen auf dauerhafter Teilzeitbasis vorsehen, wobei die Vergütung proportional zur Vollzeitvergütung ist.

Für eine bestimmte Arbeit oder Dienstleistung:

Wenn ein Arbeitnehmer sich verpflichtet, eine bestimmte Arbeit oder Aufgabe gegen ein Entgelt auszuführen, das die Gesamtheit dieser Arbeit oder Aufgabe umfasst, ohne die für ihre Ausführung aufgewendete Zeit zu berücksichtigen, wird der Vertrag mit der Lieferung der Arbeit oder Dienstleistung geschlossen.

Gelegentliche oder außergewöhnliche Arbeiten:

Befristete Arbeitsverträge werden abgeschlossen, um bestimmte Erfordernisse des Arbeitgebers zu erfüllen, wie z. B. die Vertretung von Mitarbeitern, die sich im Urlaub, im Krankheitsfall oder im Mutterschaftsurlaub befinden, oder einfach aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach dem Produkt oder der Dienstleistung; in letzterem Fall darf die Dauer 180 Tage im Jahr nicht überschreiten, und zwar weder kontinuierlich noch diskontinuierlich; das Entgelt für diese Verträge hat einen Zuschlag von 35 % des Entgelts, das für dieselbe Stelle gezahlt wird.

Außergewöhnliche Verträge werden vergeben, um dringende oder außergewöhnliche Bedürfnisse zu befriedigen, die nicht mit der üblichen Tätigkeit des Arbeitgebers zusammenhängen, und dürfen nicht länger als 30 Tage im Jahr dauern.

Saisonale Arbeiten:

Es handelt sich um einen Vertrag, der für zyklische oder periodische Arbeiten abgeschlossen wird, die aufgrund der Unregelmäßigkeit der Arbeit im Allgemeinen in der Landwirtschaft anfallen.

Für Bau- oder Dienstleistungen innerhalb des Geschäftsbereichs:

Es handelt sich um einen Vertrag, der zur Ausführung eines Werkes oder zur Erbringung einer Dienstleistung im Rahmen eines bestimmten Vertrages geschlossen wird, insbesondere mit Institutionen oder Unternehmen des öffentlichen Sektors. Die Laufzeit dieses Vertrages ist an die Laufzeit des Werk- oder Dienstleistungsvertrages gebunden.

Notfallbedingte Arbeiten:

Dieses Institut wurde durch Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Pandemie durch COVID 19 geschaffen. Die Laufzeit dieses Vertrags beträgt höchstens ein Jahr und kann um einen ähnlichen Zeitraum verlängert werden. Dieser Vertrag kann von beiden Parteien jederzeit ohne Entschädigung gekündigt werden. Wird das Arbeitsverhältnis über die Höchstdauer hinaus fortgesetzt, wird es zu einem unbefristeten Vertrag.

Einstellung von behinderten Mitarbeitern:

Das Arbeitsgesetzbuch sieht vor, dass ein öffentlicher oder privater Arbeitgeber mit einer Mindestzahl von 25 Arbeitnehmern verpflichtet ist, mindestens eine Person mit einer Behinderung einzustellen, und zwar auf dauerhaften Arbeitsplätzen, die in Bezug auf ihre Kenntnisse, ihre körperliche Verfassung und ihre individuellen Fähigkeiten als angemessen erachtet werden, wobei die Grundsätze der Geschlechtergleichheit und der Vielfalt der Behinderungen zu beachten sind. Die Einstellungsquote beträgt 4 % der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Rechtliche Möglichkeiten zur Beendigung des individuellen Arbeitsvertrags:

Nach Artikel 169 des Arbeitsgesetzes können folgende Gründe die Beendigung eines individuellen Arbeitsvertrages rechtfertigen:

- Aus den im Vertrag vorgesehenen Gründen;
- Eine einvernehmliche Beendigung;
- Nach Beendigung des Bauvorhabens, der Bauzeit oder der Dienstleistungen, die Gegenstand des Vertrags sind;
- Durch Tod oder Arbeitsunfähigkeit des Arbeitgebers oder Erlöschen der auftraggebenden juristischen Person, wenn es keinen gesetzlichen Vertreter oder Nachfolger gibt, der das Unternehmen oder den Betrieb weiterführt.;
- Bei Tod des Arbeitnehmers oder dauerhafter und vollständiger Arbeitsunfähigkeit;
- Durch zufällige Ereignisse oder höhere Gewalt, die die Arbeit unmöglich machen, wie Feuer, Erdbeben, Sturm, Explosion,

Landplagen, Krieg und allgemein jedes andere außergewöhnliche Ereignis, das die Vertragsparteien nicht vorhersehen konnten oder das, wenn es vorhersehbar war, nicht vermieden werden konnte.;

- Auf Wunsch des Arbeitgebers in den in Artikel 172 dieses Gesetzbuches vorgesehenen Fällen;
- Auf Wunsch des Arbeitnehmers in den in Artikel 173 dieses Gesetzbuches vorgesehenen Fällen; und,
- Für eine vom Arbeitnehmer beantragte Räumung.

Der Arbeitnehmer kann einen Räumungsantrag stellen, wobei der Arbeitgeber mindestens 15 Tage vor dem Datum, an dem das Arbeitsverhältnis tatsächlich endet, zu informieren ist.

Im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien kann das Arbeitsverhältnis auch beendet werden. In diesem Fall ist es in der Regel der Arbeitnehmer, der an einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses interessiert ist und seine Kündigung einreicht, die vom Arbeitgeber angenommen wird.

Ebenso ist dies durch einseitige Entscheidung des Arbeitgebers, bekannt als vorzeitige Entlassung, möglich. Auch die Liquidation oder Schließung eines Unternehmens oder Betriebs wird diesem Fall gleichgestellt.

Wenn einer der in den Artikeln 172 und 173 des Arbeitsgesetzes genannten Gründe vorliegt und der Arbeitsinspektor die Zustimmung des Antragstellers zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses erteilt, kann ein Arbeitsverhältnis beendet werden.

Arten von Urlaub, die den Arbeitnehmern gewährt werden können:

Mutterschaftsurlaub:

Jede berufstätige Frau hat Anspruch auf einen bezahlten Urlaub von zwölf (12) Wochen für die Geburt ihrer Tochter oder ihres Sohnes, bei Mehrlingsgeburten verlängert sich dieser Zeitraum um weitere zehn (10) Tage. Wenn die Arbeitnehmerin Anspruch auf die Leistungen der ecuadorianischen Sozialversicherungsanstalt hat, übernimmt diese 75 % des Entgelts als Mutterschaftsgeld und 25 % werden vom Arbeitgeber gezahlt.

Vaterschaftsurlaub:

Eltern haben Anspruch auf einen bezahlten Urlaub auf Kosten des Arbeitgebers von fünfzehn Tagen für die Geburt ihrer Tochter oder ihres Sohnes, wenn es sich um eine normale Geburt handelt. Bei Mehrlingsgeburten oder Geburten durch Kaiserschnitt verlängert sich dieser Zeitraum um weitere fünf Tage.

Es wird auch vorgesehen, dass der bezahlte Vaterschaftsurlaub um acht Tage verlängert wird, wenn das Kind zu früh oder unter besonderen Bedingungen geboren wurde, und dass der Vater einen bezahlten Urlaub von 25 Tagen nehmen kann, wenn das Kind mit einer degenerativen, unheilbaren oder irreversiblen Krankheit oder mit einer schweren Behinderung geboren wurde.

Stirbt die Mutter während der Geburt oder während des Mutterschaftsurlaubs, so hat der Vater Anspruch auf den gesamten oder gegebenenfalls den verbleibenden Teil des Urlaubs, auf den die Mutter Anspruch gehabt hätte, wenn sie nicht gestorben wäre.

Adoptionsurlaub:

Die Person(en), die ein Kind adoptiert (adoptieren), hat (haben) Anspruch auf bezahlten Urlaub auf Kosten des Arbeitgebers für die Dauer von dreißig Tagen ab dem Zeitpunkt, zu dem das Kind rechtmäßig bei ihr untergebracht wurde.

Urlaub zur medizinischen Behandlung von Kindern, die an einer degenerativen Krankheit leiden:

Dieser Urlaub ist sowohl für männliche als auch für weibliche Arbeitnehmer vorgesehen, die ein Kind im Krankenhaus oder ein Kind mit degenerativen Erkrankungen haben; sie haben Anspruch auf fünfundzwanzig Tage bezahlten Urlaub auf Kosten des Arbeitgebers, um ihren Nachwuchs zu betreuen, der gemeinsam oder abwechselnd genommen werden kann.

Rechtsstellung des gesetzlichen Vertreters eines Unternehmens in Ecuador:

Nach unserer Gesetzgebung steht der gesetzliche Vertreter eines ecuadorianischen Unternehmens, sei es der Präsident, der geschäftsführende Präsident, der Manager, der Generaldirektor oder der Generalvertreter der Niederlassung eines ausländischen Unternehmens, nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem Unternehmen, das er vertritt, wie es in Artikel 308 des Arbeitsgesetzes heißt, der besagt, dass, wenn eine Person ein allgemeines Mandat hat, d.h. die Befugnis oder Autorität, das Unternehmen nach außen hin vor Dritten zu verpflichten, ihre Beziehung zum Unternehmen durch das allgemeine Recht (Zivilrecht) und nicht durch das soziale Arbeitsrecht geregelt wird.

Der Arbeitgeber oder Dienstherr (bei Unternehmen), der die gesetzliche Vertretung unter einem beliebigen Titel ausübt, kann sogar von den Arbeitnehmern (bei individuellen oder kollektiven Arbeitsstreitigkeiten) gesamtschuldnerisch verklagt werden, d. h. er kann auch für seine eigenen persönlichen Rechte verklagt werden. Dies bedeutet, dass der gesetzliche Vertreter einer juristischen Person (Unternehmen) nicht als Arbeitnehmer des Unternehmens anzusehen ist.

Freiwilliger Beitritt des gesetzlichen Vertreters zum IESS:

In diesem Zusammenhang wurde ein gewisser Zweifel an Artikel 2 des Gesetzes über die soziale Sicherheit geäußert, dessen Wortlaut - natürlich fälschlicherweise - eine Verpflichtung zum Anschluss des Geschäftsführers eines Unternehmens an das IESS implizieren würde.

Die Vorschrift, die zu dieser Verwirrung geführt hat, lautet - wörtlich - wie folgt:

*"Subjekte des Schutzes. - Alle Personen, die mit oder ohne Arbeitsverhältnis Einkünfte aus der Ausführung eines Werkes oder der Erbringung einer körperlichen oder geistigen Dienstleistung beziehen, **sind verpflichtet, den allgemeinen Pflichtversicherungsschutz** als Mitglied zu beantragen; insbesondere:... d. Der Verwalter oder Arbeitgeber eines Unternehmens..."*

Der fettgedruckte erste Absatz dieses Artikels wurde durch den Beschluss Nr. 052-2001-RA des Verfassungsgerichtshofs, der im Amtsblatt Nr. 525-S vom 16. Februar 2005 veröffentlicht wurde, für verfassungswidrig erklärt und seine Wirkung ausgesetzt.

Dies hat zur Folge, dass die für verfassungswidrig erklärten Teile von Artikel 2 des Sozialversicherungsgesetzes (fett gedruckt) keine Rechtswirkung haben und nicht als Quelle für eine Verpflichtung geltend gemacht werden können.

Daher kann der gesetzliche Vertreter der juristischen Person, wenn er/sie es wünscht, dem IESS auf freiwilliger Basis beitreten, in Übereinstimmung mit den Normen, die im Beschluss Nr. 467 des IESS-Verwaltungsrates festgelegt sind, der die Vorschriften für den Beitritt zur ecuadorianischen Sozialversicherungsanstalt von Personen ohne Abhängigkeitsverhältnis oder von unabhängigen Personen und Ecuadorianern mit Wohnsitz im Ausland enthält.

Eine weitere Frage ist, ob es für einen Ausländer von Vorteil ist, dem ecuadorianischen Sozialversicherungssystem angeschlossen zu sein oder nicht. Aus praktischer Sicht wäre ein Beitritt zum IESS nur dann sinnvoll, wenn der Ausländer, der der gesetzliche Vertreter des Unternehmens ist, plant, sich in Ecuador zur Ruhe zu setzen. Andernfalls würden diese Beiträge verloren gehen, es sei denn, es gibt eine Vereinbarung zwischen dem Sozialversicherungsträger des Herkunftslandes des gesetzlichen Vertreters und dem IESS, so dass diese Beiträge auf das Land übertragen werden, in dem die Person tatsächlich in Rente gehen wird.

Sozialversicherung

Im Zusammenhang mit Arbeitsfragen ist zu bedenken, dass in Ecuador Arbeitnehmer, die in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen, verpflichtet sind,

sich dem ecuadorianischen Institut für soziale Sicherheit anzuschließen. Die monatlichen Beiträge zu dieser Einrichtung belaufen sich im Allgemeinen auf 11,15 % des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers als direkter Beitrag des Arbeitgebers und auf 9,45 % des Arbeitsentgelts als persönlicher Beitrag des Arbeitnehmers, der von seinem Gehalt abgezogen wird. Wenn der Arbeitnehmer länger als ein Jahr bei demselben Arbeitgeber beschäftigt ist, hat er außerdem Anspruch auf den Reservefonds, der einem Zwölftel des gesamten Jahreseinkommens entspricht. Dieser vom Arbeitgeber zu zahlende Betrag kann vom Arbeitnehmer aufgeteilt und monatlich ausgezahlt oder in voller Höhe bei der ecuadorianischen Anstalt für soziale Sicherheit eingezahlt werden, damit ein Sparfonds gebildet werden kann.

III. Natürliche Ressourcen

a. Öl

Das Kohlenwasserstoffgesetz besagt, dass die Kohlenwasserstoffvorkommen und die sie begleitenden Stoffe, unabhängig von ihrem physischen Zustand, in dem sie sich auf dem Staatsgebiet befinden, einschließlich der von den Hoheitsgewässern bedeckten Gebiete, zum unveräußerlichen und unantastbaren Eigentum des Staates gehören.

Das Ministerium für Energie und Bergbau wurde 2018 als öffentliche Einrichtung durch die Zusammenlegung von drei Ministerien geschaffen: Elektrizität, Bergbau und Kohlenwasserstoff. Seine Arbeit basiert auf den Grundsätzen von Transparenz, Integrität, Respekt, Loyalität und Ehrlichkeit. Hinzu kommt die Umsetzung konkreter Strategien, die auf eine verantwortungsvolle Entwicklung der strategischen Sektoren des Landes abzielen.

Der Staat erkundet und fördert die Lagerstätten direkt über die öffentlichen Kohlenwasserstoffgesellschaften. In Ausnahmefällen kann er die Ausübung dieser Tätigkeiten an in- oder ausländische Unternehmen mit nachgewiesener Erfahrung und technischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit delegieren. Zu diesem Zweck kann das Energie- und Bergbauministerium Assoziationsverträge, Beteiligungsverträge, Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen zur Exploration und Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen oder andere in der ecuadorianischen Gesetzgebung geltende vertragliche Formen der Delegation abschließen.

Da der Erdölsektor einen der größten Beiträge zur ecuadorianischen Wirtschaft leistet, ist er stets offen für ausländische Investitionen, und es gibt zahlreiche Geschäftsmöglichkeiten in diesem Sektor.

Das zuständige Ministerium ist bestrebt, die nachhaltige Nutzung der Energie- und Bergbauressourcen in Ecuador zu fördern, indem es die öffentliche Politik

zur Förderung von Optimierung, Effizienz, Transparenz, Innovation, sozialer und ökologischer Verantwortung in den Aktivitäten des Sektors bestimmt und damit einen wesentlichen Beitrag zur umfassenden Entwicklung des Landes leistet.

Das öffentliche Unternehmen EP PETROECUADOR (PEC) ist die einzige staatliche Erdölgesellschaft Ecuadors und führt ständig öffentliche Ausschreibungen für den Erwerb von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen seiner Tätigkeit durch. Der Leiter der Vertragsabteilung qualifiziert die Lieferanten, bearbeitet, berät und überwacht die Dienstleistungs- und Bauverträge von EP Petroecuador und koordiniert den Vertragsausschuss, um eine korrekte, transparente und flexible Beziehung zu wettbewerbsfähigen und technisch qualifizierten Auftragnehmern zu gewährleisten; er hält die Unternehmensrichtlinien und Genehmigungsstufen aufrecht, um die normale Entwicklung des Betriebs zu gewährleisten.

Mit dem Exekutivdekret Nr. 947 vom 21. November 2023, das von Präsident Guillermo Lasso erlassen wurde, wurde die kodifizierte Verordnung zur Anwendung des Kohlenwasserstoffgesetzes erlassen. Diese Verordnung legt die Grundsätze fest, auf die sich die nationale Kohlenwasserstoffpolitik stützen wird, darunter die Bevorzugung der nationalen Industrie, der Abbau der Kohlenwasserstoffe mit dem vorrangigen Ziel ihrer Industrialisierung in Ecuador und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sowie die Maximierung der privaten Beteiligung an der Entwicklung dieser Industrie.

Darüber hinaus werden in der Verordnung auch die Zuständigkeiten und Befugnisse des Ministeriums für Wirtschaft sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Verwaltungsrats der Agentur für die Regulierung und Kontrolle von Energie und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen festgelegt. Es legt auch die allgemeinen Leitlinien für die Ausschreibungsverfahren zur Vergabe von Gebieten für den Abbau und/oder Nutzung von Kohlenwasserstoffen fest.

In der Verordnung werden auch Beteiligungsverträge definiert, die ihre Anwendung in produzierenden Feldern möglich machen. Der Anteil des Auftragnehmers an der Förderung wird auf der Grundlage der angebotenen und vereinbarten Prozentsätze berechnet, die entsprechend der Qualität des Rohöls im Vertragsgebiet (entsprechend Crudo Oriente oder Napo) durch die Menge der geförderten und im Kontroll- und Lieferzentrum geprüften Kohlenwasserstoffe angepasst werden. Der Staat wird an den Gewinnen aus der Ausbeutung der Ressourcen beteiligt, und zwar in einer Höhe, die nicht geringer ist als die Gewinne des Auftragnehmers, der die Ressourcen ausbeutet.

Die Verordnung erleichtert die Übertragung von Blöcken, Feldern und Gebieten vom öffentlichen Unternehmen an das Ministerium, um sie anschließend im Rahmen der Beteiligungsmodalität an den privaten Sektor zu

Übertragen. Für die Qualifizierung oder Begründung des Bedarfs für diese Übertragung ist das MEM zuständig.

Es erleichtert die Übertragung und/oder Genehmigung für die Ausübung anderer Tätigkeiten durch den Privatsektor, wie z. B. Transport, Industrialisierung oder Raffination und Lagerung von Kohlenwasserstoffen und Derivaten.

Zusammenfassend werden in der genannten Verordnung die Grundsätze der nationalen Kohlenwasserstoffpolitik, die Zuständigkeiten und Befugnisse des zuständigen Ministeriums, die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Verwaltungsrats der Agentur für die Regulierung und Kontrolle von Energie und nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen sowie die allgemeinen Leitlinien für die Ausschreibungsverfahren zur Vergabe von Gebieten für die Erkundung oder Nutzung von Kohlenwasserstoffen festgelegt.

b. Elektrizität

Gesetz über den öffentlichen Elektrizitätsdienst (LOSPEE):

Das Gesetz über den öffentlichen Elektrizitätsdienst (LOSPEE) regelt den Elektrizitätsdienst, um Qualität, Sicherheit und Zugänglichkeit zu gewährleisten. Es ermöglicht die öffentliche und private Beteiligung an der Erzeugung, Übertragung, Verteilung und Vermarktung von Energie und fördert erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz. Zu seinen Zielen gehören die Gewährleistung von Qualität und Sicherheit, der Schutz der Rechte der Nutzer und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Es überträgt dem Staat die Aufgabe, den Strombedarf zu decken, wobei unter bestimmten Bedingungen eine private Beteiligung möglich ist, und überträgt dem Ministerium die Verantwortung für die Ausführung.

Struktur des Elektrizitätssektors: Das LOSPEE legt die Aufgaben und Zuständigkeiten von Einrichtungen wie dem Ministerium, ARCONEL, dem nationalen Elektrizitätsbetreiber und öffentlichen, privaten und gemischten Unternehmen fest. ARCONEL reguliert und kontrolliert den Stromdienst und die öffentliche Beleuchtung und schützt die Interessen der Verbraucher. ARCONEL ist verwaltungstechnisch, technisch und wirtschaftlich autonom und wird mit staatlichen Mitteln finanziert. Zu seinen Aufgaben gehören die Regulierung technischer und wirtschaftlicher Aspekte, die Bearbeitung von Beschwerden, die Verhängung von Sanktionen und die Koordinierung mit der nationalen Umweltbehörde.

Delegation: Das Gesetz verleiht dem Staat die Befugnis, öffentliche und gemischte Unternehmen zu ermächtigen, Tätigkeiten im Zusammenhang mit elektrischer Energie und öffentlicher Beleuchtung auszuführen. Darüber hinaus erlaubt es die Übertragung dieser Tätigkeiten an private, ausländische staatliche sowie volks- und solidarwirtschaftliche Unternehmen, wenn dies im

öffentlichen Interesse erforderlich ist oder wenn öffentliche oder gemischte Unternehmen den Bedarf des Stromsystems nicht decken können.

Management von Energiequellen und nicht-konventionellen erneuerbaren Energien: Das Ministerium wird die Nutzung von sauberen Technologien und alternativen Energien für ein nachhaltiges Elektrizitätssystem fördern, wobei die Vorzugsbedingungen von ARCONEL geregelt werden.

Bereitstellung des öffentlichen Stromversorgungsdienstes: Das Ministerium ist für die Erteilung von Genehmigungen und Konzessionsverträgen zuständig, wobei die Bedingungen nach finanziellen und nationalen Entwicklungskriterien festgelegt werden. Zur Registrierung aller Genehmigungen und Verträge im Elektrizitätssektor wird ein nationales Register für Ermöglichungstitel eingerichtet. Am Ende der Laufzeit des Titels müssen die Vermögenswerte kostenlos an den Staat zurückgegeben werden, wobei bestimmte Maßnahmen folgen müssen. Das Ministerium kann den Konzessionsvertrag kündigen, womit die Rechte des Konzessionärs erlöschen, der die Vermögenswerte kostenlos an den Staat zurückgeben und im Falle der Kündigung für Umweltschäden haften muss.

Öffentliches Auswahlverfahren: Für vorrangige Projekte im Rahmen des Masterplans für Elektrizität (PME) wird ein öffentliches Auswahlverfahren durchgeführt, wobei die Infrastruktur nach Ablauf der Konzession an den Staat zurückfällt. Darüber hinaus werden im Rahmen des PME vorrangige Projekte für die Stromerzeugung und -erweiterung in ländlichen Gebieten festgelegt, deren Finanzierung sowohl aus dem allgemeinen Staatshaushalt als auch aus den Eigenmitteln öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen erfolgt, sofern die Regulierungsbehörden zustimmen.

Sonderregelungen für die öffentliche Beleuchtung, die Elektrifizierung des ländlichen Raums sowie für isolierte und insulare Elektrizitätssysteme:

1. Der Staat ist über öffentliche Unternehmen für die öffentliche Beleuchtung und die Stromversorgung von Verkehrsampeln zuständig. Die Kosten für die Beleuchtung privater Straßen sind von den Eigentümern zu tragen und die Sonderleistungen müssen von den Antragstellern bezahlt werden.
2. Der Staat finanziert vorrangige Projekte zur Elektrifizierung des ländlichen Raums, die vom Ministerium verwaltet und von ARCONEL geregelt werden. Diese Arbeiten, die im Masterplan für Elektrizität enthalten sind, werden von den Lieferanten ausgeführt und gewartet.
3. Für isolierte und inselartige Netze können unterschiedliche, von ARCONEL genehmigte Tarife gelten. Die Subventionen für diese Systeme werden von den Verbrauchern des nationalen Verbundsystems oder vom Staat getragen, je nach der Politik des Ministeriums.

Förderung der Energieeffizienz: Das Gesetz fördert die rationale Nutzung von Energieressourcen, die Senkung der Produktionskosten und die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Das Ministerium wird zu diesem Zweck Gesetze und Vorschriften festlegen, die mit dem nationalen Entwicklungsplan in Einklang stehen und Fördermechanismen durch Anreize oder Sanktionen umsetzen.

Verantwortung für die Umwelt: ARCONEL wird in Abstimmung mit der nationalen Umweltbehörde die Einhaltung der Umweltvorschriften durch die Stromversorger überwachen. Sie müssen Strategien, Normen und Verfahren zur Vermeidung, Kontrolle, Milderung und Sanierung von Umweltauswirkungen befolgen, Umweltgenehmigungen einholen und aufrechterhalten sowie negative Auswirkungen ausgleichen.

Gesetz zur Energieeffizienz: Das Gesetz zur Energieeffizienz schafft den rechtlichen Rahmen für das Nationale Energieeffizienzsystem (SNEE), um die effiziente, rationale und nachhaltige Nutzung von Energie in allen öffentlichen und privaten Aktivitäten in Ecuador zu fördern. Es erklärt die effiziente Nutzung von Energie zum nationalen Interesse und zur staatlichen Politik, mit Prinzipien wie Rationalisierung des Verbrauchs, Förderung sauberer Energie und Transparenz für die Verbraucher. Es legt den Nationalen Energieeffizienzplan (PLANEE) als Referenz für die nationale Politik in diesem Bereich fest.

Nationales Energieeffizienzsystem (SNEE): Das Nationale Energieeffizienzsystem (SNEE) wurde in Ecuador eingerichtet und wird vom Ministerium über den Nationalen Energieeffizienzausschuss (CNEE) geleitet. Der CNEE koordiniert Maßnahmen in vier Bereichen: institutionell, rechtlich und regulatorisch, politisch und planerisch sowie wirtschaftlich-finanziell. Zu seinen Aufgaben gehören die Regulierung interner Abläufe, die Überwachung von Gesetzen und Programmen, die Förderung des Aufbaus von Kapazitäten und Schulungen sowie die Festlegung von Prioritäten für die Finanzierung von Energieeffizienzprojekten.

Der Nationale Energieeffizienzplan (PLANEE): Der vom Ministerium erstellte Nationale Energieeffizienzplan (PLANEE) legt Strategien und Ziele zur Verbesserung der Energieeffizienz in verschiedenen Sektoren mit einem Zeithorizont von 10 Jahren fest und wird alle zwei Jahre aktualisiert. Die Einhaltung des Plans ist für den öffentlichen Sektor obligatorisch und gilt für privaten Sektor als Empfehlung. Das Gesetz enthält Bestimmungen zur Förderung der Energieeffizienz in den Bereichen Bauwesen, Verkehr und Abfallwirtschaft.

Information, Überwachung und Koordinierung im Bereich der Energieeffizienz: Im Rahmen des CNEE wird ein Informationssystem eingerichtet, das statistische Daten und Energieeffizienzindikatoren sammelt und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Darüber hinaus wird die Forschung und technologische

Entwicklung im Bereich der Energieeffizienz gefördert, wobei der Staat Initiativen in Universitäten, Forschungszentren und nationalen Unternehmen unterstützt, die vom Sekretariat für Hochschulbildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation in Zusammenarbeit mit dem CNEE koordiniert werden.

Finanzierungsmechanismus für Energieeffizienzprojekte: Der Nationale Investitionsfonds für Energieeffizienz (FNIEE) wird eingerichtet. Dieser Fonds wird Aktivitäten finanzieren, um die Ziele des PLANEE und anderer Energieplanungsinstrumente zu erreichen. Die Verwaltung des Fonds wird voraussichtlich den ecuadorianischen Rechtsvorschriften folgen, wobei die Einzelheiten in der entsprechenden Verordnung geregelt werden. Die Mittel des FNIEE werden aus Programmen zum Ersatz ineffizienter Geräte, nicht rückzahlbaren Zuweisungen, nationalen und internationalen Kooperationskrediten und einem obligatorischen Beitrag der Besitzer von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren stammen, der von der Nationalen Verkehrsbehörde verwaltet wird.

Anreize zur Förderung der Energieeffizienz: Es sollen Anreize für Verbraucher geschaffen werden, die Energieeffizienzmaßnahmen durchführen, die von der Energiebehörde überprüft werden. Für Energieeffizienzprojekte gelten bevorzugte Finanzierungsbedingungen, und für den Stromtransport werden gemäß der Verordnung differenzierte Tarife gelten.

c. Bergbau

Ecuador hat einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Wandel vollzogen, indem es sich von seiner ausschließlichen Abhängigkeit vom Erdöl gelöst und den Bergbau als entscheidenden Sektor für seine Entwicklung anerkannt hat. Dieser Wandel spiegelt sich in der Umsetzung zweier strategischer Bergbauprojekte sowie in der Einführung von Vorschriften und Anreizen zur Förderung und zum Schutz dieser Aktivitäten wider. Obwohl es noch Regelungsprozesse zu definieren gilt, z. B. bei der Einrichtung von Konsultationen mit indigenen Völkern und Nationalitäten oder der Öffnung des Bergbaukatasters, war die Reaktion der Beteiligten äußerst positiv.

Die ecuadorianische Verfassung gibt dem Staat die Befugnis, den Bergbausektor zu regulieren und zu kontrollieren, um den Umweltschutz und das Wohlergehen der lokalen Gemeinschaften zu gewährleisten. Es werden detaillierte Regeln für den Abbau, die Exploration, die Vermarktung und den Transport von Mineralien sowie die Verpflichtung zur Anwendung nachhaltiger und sicherer Verfahren festgelegt.

Neben der Verfassung gibt es spezielle Gesetze, die den Bergbau und die Umweltaktivitäten im Land regeln. In diesen Rechtsvorschriften sind die Anforderungen und Verfahren für die Erteilung von Lizenzen und

Genehmigungen, das Überwachungs- und Kontrollsystem sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung festgelegt. Außerdem wird die Beteiligung der Bürger gefördert und es werden Konsultations- und Entschädigungsmechanismen für die von den Bergbauaktivitäten betroffenen Gemeinden eingeführt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bergbaurecht in Ecuador rechtliche Aspekte umfasst, die von der Verfassung bis hin zu spezifischen Rechtsvorschriften für den Bergbau und die Umwelt reichen. Diese Vorschriften gewährleisten die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, den Schutz der Umwelt und die Beteiligung gemischter oder privater Unternehmen in strategischen Sektoren mit dem Ziel, die nachhaltige Entwicklung des Landes zu fördern.

Einige wichtige Aspekte der Abbaurechte sind folgende:

Aspekt	Beschreibung
Einräumung von Rechten	Sektorales Ministerium, Energie und Bergbau
Lokale Kontrolle und Autorität	Agentur für Regulierung und Kontrolle des Bergbaus
Geologische Daten	Nationales Institut für geologische, bergbauliche und metallurgische Forschung
Antragsteller	Privatpersonen und Unternehmen, in- und ausländische
Verfahren	Ausschreibungen für Gebiete oder Konzessionen, derzeit über die Empresa Nacional Minera
Ausschließlichkeit	Ausschließliche Rechte für Exploration, Abbau und Aufbereitung
Größe der Konzession	Maximal 5.000 Hektar
Dauer der Exploration	10 Jahre, vorbehaltlich einer Verlängerung
Kosten	Erhaltungspatent je nach Konzessionsgröße
Abbau	Darüber hinaus ist für den Großbergbau ein Bergbauvertrag erforderlich.
Dauer der Abbaumaßnahmen	25 Jahre, erneuerbar
Steuern	Maximal bis zu 8 % Lizenzgebühren (nach Abzug der Kosten), 25 % Einkommenssteuer, 15 % Arbeitsrechte, 12 % Mehrwertsteuer.

Umwelt	Umweltgenehmigung und - lizenzierung, je nach Phase der Tätigkeit
Ausländische Arbeitnehmer	Bis zu 20%.
Enteignung	Geschützt durch die Unterzeichnung eines Investitionsvertrags

Gesetz über die integrale Planung des besonderen territorialen amazonischen Distrikts

Sonderregelung für die Bereitstellung von Arbeitskräften, Waren und Dienstleistungen für das Amazonas-Sondergebiet:

Institutionen, Unternehmen und Einzelpersonen, die in diesem Gebiet tätig sind, müssen mindestens 80 % der ständigen Einwohner der Region für ihre Tätigkeiten einstellen, wobei verschiedenen Gebieten innerhalb der Region Vorrang eingeräumt wird. Darüber hinaus wird die berufliche Eingliederung von Menschen verschiedener Völker und Nationalitäten sowie von Menschen mit Behinderungen gefördert. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe werden positive Maßnahmen eingeführt, um lokale Hersteller und Lieferanten zu begünstigen, wobei bei Nichteinhaltung Geldstrafen verhängt und den Auftraggebern Mittel zur Förderung zusätzlicher Arbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Verbot der Lagerung gefährlicher Abfälle in der Amazonasregion: In der Amazonas-Sondergebietsregion ist es verboten, das Gebiet als Ort für die Lagerung und Endlagerung gefährlicher Abfälle zu nutzen, die ein ernsthaftes Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen. Darüber hinaus ist die Verbrennung von Erdöl und Erdgas im ecuadorianischen Amazonasgebiet unter freiem Himmel mit Feuerzeugen verboten, da dies Gemeinden und Ökosysteme gefährden kann. Der Staat wird jedoch Strategien fördern, um die Vorteile dieser Ressource zum Nutzen der Bevölkerung kommerziell und sozial zu verwerten.

IV. Das ecuadorianische Justizsystem

Seit 2015, als in Ecuador das Allgemeine Prozessgesetzbuch (COGEP) erlassen wurde, ist das mündliche System eingeführt worden, um die Gerichtsverfahren zu straffen und zu beschleunigen.

Die derzeit in Ecuador am häufigsten angewandten gerichtlichen Verfahren sind: das ordentliche Verfahren mit zwei Anhörungen, das normalerweise dazu dient, die Erfüllung oder Beendigung von Verträgen einzufordern; das summarische Verfahren, in dem Handelsangelegenheiten (Rechnungen), Mietverträge und Arbeitsangelegenheiten eingefordert werden; das

Monitorio-Verfahren, in dem auch Angelegenheiten im Zusammenhang mit Handelsangelegenheiten eingefordert werden, die sich innerhalb eines bestimmten Betrags bewegen; und das Exekutivverfahren, in dem Angelegenheiten im Zusammenhang mit Krediten, die mit Wertpapieren unterlegt sind (Schuldscheine, gegenseitige Verträge, etc.), bearbeitet werden.) Diese beiden anderen Gerichtsverfahren sehen nur eine einzige Anhörung vor.

Klagen, die im Rahmen dieser Verfahren erhoben werden können, verjähren gemäß Artikel 2415 des Zivilgesetzbuches in 10 Jahren für ordentliche Klagen und in 5 Jahren für Vollstreckungsklagen.

Handelsrechtliche Klagen, die durch gewöhnliche, handelsübliche Rechnungen begründet sind, verjähren in 10 Jahren.

Die Vollstreckung von Urteilen, Schiedssprüchen, Mediationsentscheidungen oder anderen vollstreckbaren Titeln, wie z. B. Vergleichsvereinbarungen, unterliegt einem besonderen Verfahren, das im COGEP festgelegt ist.

Das ecuadorianische Justizsystem ist ordnungsgemäß digitalisiert, d.h. Gerichtsverfahren können online eingesehen und durchgeführt werden.

Im Zuge der Pandemie wurde die Möglichkeit der telematischen Durchführung von Verfahren, insbesondere von Anhörungen, geregelt.

Zu den gerichtlichen Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit gehören die Gerichte der ersten Ebene und die Provinzgerichte.

Darüber hinaus gibt es in der ordentlichen Justiz die so genannte außerordentliche Kassationsbeschwerde, die keine dritte Instanz ist, sondern ein Mechanismus zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit, die von der obersten Justizbehörde, des nationalen Gerichtshofs durchgeführt wird.

Ein gerichtliches Verfahren in der ordentlichen Gerichtsbarkeit kann, einschließlich Kassation, zwischen 2 und 3 Jahren dauern.

V. Die Schiedsgerichtsbarkeit in Ecuador

In Ecuador sind alternative Streitbeilegungsmethoden, einschließlich der Schiedsgerichtsbarkeit, seit 1963 anerkannt. Diese Anerkennung beruht auf verschiedenen Quellen. Im Jahr 1963 erfolgte die Anerkennung durch das erste Gesetz zur Handelsschiedsgerichtsbarkeit. Später wurde die Schiedsgerichtsbarkeit im Rahmen der Verfassungsreform von 1979 verfassungsrechtlich anerkannt. Jahre später wurde 1997 das Gesetz über Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation erlassen und 2006 kodifiziert, das bis

heute in Kraft ist. Die Anerkennung des Verfassungsrangs wird auch in der Verfassung von 2008 beibehalten. Im Jahr 2021 wurde schließlich die Verordnung zum Gesetz über Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation per Dekret erlassen.

Darüber hinaus hat Ecuador, wie andere Länder der Region, unter anderem das New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, das Interamerikanische Übereinkommen über die Schiedsgerichtsbarkeit in Handelssachen von Panama aus dem Jahr 1975 und das Interamerikanische Übereinkommen über die extraterritoriale Gültigkeit ausländischer Schiedssprüche von Montevideo (1979) unterzeichnet. In Investitionsangelegenheiten hat Ecuador das Übereinkommen über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten zwar gekündigt, aber 2021 erneut ratifiziert.

Um ausländische Investitionen in Ecuador anzuziehen und zu fördern, hat der ecuadorianische Staat Investoren die Möglichkeit eingeräumt, Investitionsverträge mit dem Staat abzuschließen, um vorteilhafte Bedingungen für ihre Investitionen zu gewährleisten, in denen Ecuador zugestimmt hat, bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit solchen Verträgen auf ein internationales Schiedsverfahren zurückzugreifen.

Was die normative Entwicklung betrifft, so ist in Ecuador ein positiver Trend zur Schiedsgerichtsbarkeit und zu alternativen Streitbeilegungsmethoden im Allgemeinen festzustellen. So haben sowohl die Kodifizierung des Schieds- und Schlichtungsgesetzes als auch die Verordnungen zum Schieds- und Schlichtungsgesetz die Regeln in Bezug auf Schiedsverfahren und Schlichtung positiv verändert. So haben die Vorschriften beispielsweise die Diskussion über die Möglichkeit eines Schiedsverfahrens im öffentlichen Auftragswesen beigelegt.

Das Gesetz über Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation ist monistisch, d.h. es regelt sowohl die nationale als auch die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

Trotz der normativen und verfassungsrechtlichen Anerkennung der Schiedsgerichtsbarkeit verbietet die Verfassung die Unterzeichnung von Vereinbarungen oder Verträgen, in denen der Staat seine souveräne Zuständigkeit für vertragliche oder kommerzielle Streitigkeiten an internationale Schiedsgerichte abtritt. Eine Ausnahme von diesem Verbot ist jedoch für internationale Verträge und Instrumente vorgesehen, die die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Bürgern in Lateinamerika durch regionale Schiedsgerichte vorsehen.

In internationalen Verträgen, die strategische Sektoren des Staates betreffen (Öl, Bergbau, Gas), hat Ecuador Schiedsklauseln nach den verschiedenen

international anerkannten Regeln wie ICC, ICDR, UNCITRAL mit Sitz in Santiago de Chile aufgenommen.

VI. Regelung des freien Wettbewerbs

Seit Oktober 2011 gibt es in Ecuador ein Gesetz zur Regulierung und Kontrolle von Marktmacht. In diesem Gesetz sind die Verhaltensweisen festgelegt, die den Wettbewerb verhindern, einschränken oder verzerren können. Es legt das Verfahren für ihre Untersuchung und, falls festgestellt, ihre Sanktionierung fest.

1. Geregeltete Tätigkeiten:

Die folgenden Handlungen unterliegen der Regulierung, Kontrolle und ggf. Sanktionierung durch dieses Gesetz:

- 1) Missbrauch von Marktmacht
- 2) Absprachen oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen zwischen zwei oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern
- 3) Wirtschaftliche Zusammenschlüsse
- 4) Unlautere Praktiken

2. Wirtschaftliche Akteure:

Sie sind die Subjekte, die der Kontrolle dieses Gesetzes unterliegen. Sie können natürliche oder juristische Personen sein, öffentlich oder privat, inländisch oder ausländisch, mit oder ohne Erwerbszweck. Es kann sich auch um Vereinigungen handeln, die von mehreren Akteuren gebildet werden.

Es kann sich um Personen innerhalb oder außerhalb Ecuadors handeln. Wenn sie sich außerhalb Ecuadors befinden, genügt es, dass ihre Handlungen oder Vereinbarungen Auswirkungen auf den ecuadorianischen Markt haben können.

3. Unter Kontrolle stehende Verhaltensweisen

a. Missbrauch von Marktmacht

Marktmacht ist eine beherrschende Stellung auf dem Markt durch einen Marktteilnehmer. Marktmacht an sich ist nicht rechtswidrig, aber: (a) Erlangung oder Verstärkung von Marktmacht durch wettbewerbsverzerrende Mittel, (b) Missbrauch von Marktmacht; sind Handlungen, die der Kontrolle und möglichen Sanktionen durch das Gesetz unterliegen.

b. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen oder Praktiken

Es handelt sich um Vereinbarungen oder Beschlüsse zwischen zwei oder mehreren Wirtschaftsteilnehmern, die eine Verfälschung des Wettbewerbs oder eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder des allgemeinen Wohls bezwecken oder bewirken können.

Dazu gehören unter anderem: Festsetzung und Manipulation von Preisen, Zuteilung von Kunden und geografischen Gebieten oder Vereinbarung von Geboten in einem Ausschreibungsverfahren. Solche Vereinbarungen sind verboten. Dieses Verbot gilt nicht, wenn sie die Voraussetzungen für eine Freistellung nach dem Gesetz erfüllen.

c. Wirtschaftliche Zusammenschlüsse

Es handelt sich um die Veränderung oder Übernahme eines oder mehrerer Wirtschaftsbeteiligter durch Handlungen wie:

- a) Fusion zwischen wirtschaftlichen Akteuren.
- b) Die Übertragung des gesamten Vermögens eines Gewerbetreibenden.
- c) Der unmittelbare oder mittelbare Erwerb von Eigentum oder Anteilen an einem Unternehmen, wenn dieser Erwerb dem Erwerber die Kontrolle oder einen wesentlichen Einfluss über das Unternehmen verschafft.
- d) Verknüpfung durch gemeinsame Verwaltung.
- e) Jede Vereinbarung oder Handlung, durch die einer Person oder wirtschaftlichen Gruppe die Vermögenswerte eines Wirtschaftsteilnehmers tatsächlich oder rechtlich übertragen werden oder durch die einer Person oder wirtschaftlichen Gruppe die Kontrolle oder ein bestimmender Einfluss auf die Geschäftsführung eines Wirtschaftsteilnehmers übertragen wird.

Wirtschaftliche Zusammenschlüsse müssen vorab bei der zuständigen Behörde angemeldet werden, wenn sie (1) die festzusetzenden Mindestbeträge überschreiten oder (2) wenn die beteiligten Unternehmen infolge des Zusammenschlusses einen Anteil von 30 % an dem relevanten Markt auf nationaler Ebene oder in einem bestimmten geografischen Markt innerhalb des betreffenden Landes erreichen.

Der Prozess der Fusionsanmeldung:

Das Gesetz legt den Beurteilungsmaßstab fest, den die nationale Wettbewerbsbehörde (Superintendencia de Competencia Económica "SCE")

bei der Anmeldung eines Zusammenschlusses durch den Erwerber anzuwenden hat.

Bei dieser Beurteilung ist unter anderem zu berücksichtigen, ob durch den Zusammenschluss Marktmacht begründet oder gestärkt wird oder ob eine eindeutig vorhersehbare oder nachgewiesene erhebliche Beeinträchtigung, Verfälschung oder Behinderung des freien Wettbewerbs der Wirtschaftsteilnehmer und/oder des Wettbewerbs vorliegt.

In den sekundären Rechtsvorschriften ist das Verfahren für die Anmeldung zur Genehmigung bei der SCE festgelegt.

Für wirtschaftliche Zusammenschlüsse, die keine Auswirkungen auf den Wettbewerbsprozess haben, wird ein vereinfachtes Verfahren eingeführt.

Der SCE kann die folgenden Faktoren als Indikatoren für die Unbedenklichkeit eines Zusammenschlusses heranziehen:

a. Der wirtschaftliche Akteur, der die Kontrolle übernimmt, übt weder direkt noch indirekt (über verbundene Unternehmen, die derselben Wirtschaftsgruppe angehören) wirtschaftliche Tätigkeiten in Ecuador aus.

b. Bei horizontalen Zusammenschlüssen muss die gemeinsame Beteiligung der beteiligten Wirtschaftsteilnehmer und der Unternehmen oder Wirtschaftsteilnehmer, die zu ihrer wirtschaftlichen Gruppe gehören, an dem relevanten Markt weniger als 30 % betragen. Führt der wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer horizontalen Integration auf mehreren relevanten Märkten, muss dieses Kriterium auf jedem einzelnen Markt erfüllt sein.

Bei dieser Art von Transaktion muss der Herfindahl-Hirschman-Index (HHI) des betroffenen Marktes vor der Transaktion weniger als 2.000 Punkte betragen und die Ex-post-Veränderung des HHI muss weniger als 250 Punkte betragen. Führt der wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer horizontalen Integration auf mehreren relevanten Märkten, muss dieses Kriterium auf jedem einzelnen Markt erfüllt sein.

c. Bei vertikalen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen müssen die beteiligten wirtschaftlichen Akteure und die Unternehmen oder wirtschaftliche Akteure, die zu ihrer wirtschaftlichen Gruppe gehören, einen Anteil von weniger als 30 % an den relevanten vertikal integrierten Märkten haben. Führt der wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer vertikalen Integration auf mehreren relevanten Märkten, so muss dieses Kriterium auf jedem dieser Märkte erfüllt sein.

Bei dieser Art von Vorhaben muss der Herfindahl-Hirschman-Index (HHI) der durch den Zusammenschluss vertikal integrierten Märkte vor dem Zusammenschluss weniger als 2.000 Punkte betragen. Führt der wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer vertikalen Integration auf mehreren relevanten Märkten, so muss dieses Kriterium auf jedem dieser Märkte erfüllt sein.

Die SCE prüft die Erfüllung dieser Kriterien sowie die besonderen Umstände eines jeden wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die ausschlaggebend dafür sein können, dass er keine Auswirkungen auf den Markt hat.

Reichen die vom anmeldenden wirtschaftlichen Akteur vorgelegten Informationen aus, um auf die Unbedenklichkeit des geplanten Zusammenschlusses zu schließen, legt die Intendencia Nacional para el Control de Concentraciones Económicas, ein internes Gremium der SCE, innerhalb von fünfzehn (15) Tagen der erstinstanzlichen Entschließungskommission einen technischen Bericht vor, in dem sie die Gründe für diesen Aspekt darlegt. Dieses interne Gremium ist verpflichtet eine Entscheidung innerhalb von zehn (10) Tagen zu treffen.

Dies bedeutet, dass diese Phase 1 und die Untersuchung 25 Arbeitstage dauern kann, bis sie genehmigt wird, falls festgestellt wird, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss den Wettbewerb nicht beeinträchtigt.

Stellt die Intendencia Nacional de Control de Concentraciones Económicas fest, dass der angemeldete Zusammenschluss vor Ablauf der Frist von fünfzehn (15) Tagen entweder wegen fehlender Angaben des Anmelders, mangelnder Kenntnisse oder Informationen über den zu untersuchenden Markt oder wegen möglicher Auswirkungen einer weiteren Untersuchung bedarf, so wird die Fortsetzung der Untersuchung in Phase 2 angeordnet.

In diesem Fall kann die Dauer dieser Phase um einen zusätzlichen Zeitraum von bis zu 60 Arbeitstagen verlängert werden, der wiederum um weitere 25 Arbeitstage verlängert werden kann. Die Wettbewerbsbehörde ist auch befugt, die Untersuchung für einen Zeitraum von 45 Arbeitstagen auszusetzen.

Die SCE kann am Ende von Phase 1 bzw. Phase 2 einen Zusammenschluss genehmigen, ihn unter bestimmten Bedingungen und Auflagen genehmigen oder ihn blockieren.

VII. Compliance

Compliance ist die Gesamtheit der von einer Organisation angewandten Instrumente, die es ihr ermöglichen, sich selbst zu regulieren und zu kontrollieren, indem sie die gesetzlichen oder angenommenen Vorschriften im Rahmen ihrer Integritätsverpflichtung einhält, um so Risiken zu verringern, die

zu Schäden oder Sanktionen in rechtlicher, rufschädigender, wirtschaftlicher, administrativer oder anderer Hinsicht führen könnten.

Das wichtigste Instrument der Compliance sind die Compliance-Programme, die nichts anderes sind als die Verwirklichung des Compliance-Konzepts in einer Organisation, das Teil der Unternehmens-DNA wird. Dieses Instrument umfasst die folgenden Schritte: Detaillierte Analyse der Art und Weise, wie die Unternehmensprozesse durchgeführt werden; Identifizierung möglicher Risiken; objektive Risikomatrix; Lückenanalyse; Definition von Kontrollen; Umsetzung; und Risikomanagement.

Die Aufnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen in das umfassende Strafgesetzbuch (COIP) zu Beginn des Jahres 2021 hat den Compliance-Programmen in Ecuador einen wichtigen Impuls gegeben. Obwohl sie nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind, können sie als mildernder Umstand ein Unterscheidungsmerkmal für den Fall sein, dass die strafrechtliche Verantwortlichkeit der juristischen Person gemäß Art. 49 des COIP festgestellt wird.

Auf Anregung des COIP sind in Ecuador weitere Vorschriften entstanden, die den Handlungs- und Anwendungsbereich von Compliance-Programmen erweitern, wie die ecuadorianischen Regeln für gute Unternehmensführung, die Regeln für ethisches Regierungsverhalten, der Leitfaden für die Einhaltung von Wettbewerbsvorschriften sowie bestimmte Finanzkontrollreformen, die in den Geldwäschebestimmungen der UAFE enthalten sind.

Auch die Schaffung der ISO-Norm 37301:2021 und die Anpassung der NTE INEN-ISO37301 durch Ecuador rücken die Compliance nicht nur in den Vordergrund, sondern auch die Notwendigkeit, immer mehr Instrumente einzuführen, die mit Compliance-Programmen verbunden sein können oder auch nicht, insbesondere, wie oben erwähnt, bei der Bestimmung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen und somit ihrer gesetzlichen Vertreter und sogar einiger Unternehmensvertreter.

ECIJA GPA bietet nicht nur die notwendige Beratung für die wirksame Umsetzung von Compliance-Programmen, sondern auch die gesamte Rechtsberatung, die erforderlich ist, um die nationalen und internationalen Vorschriften und Normen sowie die Regeln der guten Unternehmensführung und der Unternehmensethik angemessen zu erfüllen.

Das Hauptziel unserer Dienstleistungen besteht darin, unseren Kunden die notwendigen Instrumente an die Hand zu geben, um ihre Integrität zu schützen und die Risiken ihres Unternehmens, die sich aus der Nichteinhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen ergeben können, zu vermeiden oder zu minimieren, wobei wir uns an die Bedürfnisse jedes einzelnen Kunden anpassen.

Auf diese Weise helfen wir unseren Kunden, ihre Geschäftsrisiken effizient und sorgfältig zu verwalten und sich sozial verantwortlich zu verhalten.

Unsere Verpflichtung als Anwaltskanzlei besteht darin, Organisationen bei der Entwicklung und Verbreitung einer positiven Compliance-Kultur zu unterstützen. Dies führt zu einem Wettbewerbsvorteil gegenüber den Konkurrenten unserer Mandanten, da es mehrere Vorteile mit sich bringt, darunter hervorzuheben:

- Minimierung oder Beseitigung von Risiken, die zu einer strafrechtlichen Haftung der Unternehmen und/oder ihrer Führungskräfte führen könnten;
- Vermeidung der wirtschaftlichen und rufschädigenden Kosten und Schäden, die sich aus der Nichteinhaltung von Vorschriften ergeben können.
- Verbesserung der Geschäftsmöglichkeiten und der Nachhaltigkeit;
- das Engagement des Unternehmens für ein wirksames Risikomanagement widerspiegeln.

Verhinderung von Geldwäsche

Das Hauptziel der Geldwäschekontrollen besteht darin, zu verhindern, dass im Rahmen der vielfältigen Tätigkeiten, die in der Gesellschaft und von den Personen, die zu ihr gehören, ausgeführt werden, Handlungen vorgenommen werden, die auf den Erwerb, die Umwandlung oder die Übertragung von Vermögenswerten abzielen, von denen man weiß, dass sie aus einem Verbrechen stammen, oder dass Handlungen vorgenommen werden, um die illegale Herkunft bestimmter Vermögenswerte zu verbergen oder zu verschleiern.

Im Amtsblatt Nr. 802 vom 21. Juli 2016 wurde das Gesetz zur Verhinderung, Aufdeckung und Beseitigung von Geldwäsche und der Finanzierung von Straftaten veröffentlicht, dessen Ziel es ist, das Eigentum, den Besitz, die Verwendung, den Handel usw. aufzudecken, die das Ergebnis oder das Produkt von Straftaten der Geldwäsche oder der Finanzierung von Straftaten sind oder die Instrumente für solche Straftaten darstellen.

Derzeit gelten natürliche oder juristische Personen, die eine der folgenden wirtschaftlichen Tätigkeiten ausüben, als meldepflichtig:

- Institutionen des Finanzsystems
- Versicherungsanstalten
- Händler von Schmuck, Edelmetallen und Edelsteinen
- Kfz-Händler

- Immobilien- und Bauinvestitions- und -vermittlungsgesellschaften
- Unternehmen, die in der nationalen und internationalen Beförderung von Paketen oder Postpaketen, Kurierdiensten und Parallelpost tätig sind (Kurierdienst).
- Unternehmen, die inländische oder internationale Geld- oder Werttransferdienste (Zahlungsanweisungen oder Überweisungen) anbieten
- Nationale und internationale Geldtransporte, Transport von Bargeld und Wertgegenständen
- Genossenschaften, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen
- Reisebüros und Reiseveranstalter
- Buchhaltungsdienstleistungen
- Juristische Dienstleistungen
- Notare und Standesbeamte für Immobilien und Handel

Es sei darauf hingewiesen, dass die Einheit für Finanz- und Wirtschaftsanalyse (UAFE) geschaffen wurde, die als technische Einrichtung für die Sammlung von Informationen, die Erstellung von Berichten und die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung und Beseitigung von Geldwäsche und der Finanzierung von Straftaten zuständig ist.

Ungewöhnliche, ungerechtfertigte oder verdächtige wirtschaftliche Operationen oder Transaktionen sowie wirtschaftliche Bewegungen müssen von den beaufsichtigten Unternehmen an die UAFE gemeldet werden.

Unter den Verpflichtungen, die die beaufsichtigten Unternehmen übernommen haben, sind die folgenden hervorzuheben:

1. Einen Compliance-Beauftragten zu ernennen, bei dem es sich um eine geeignete und qualifizierte natürliche Person handelt, die für die Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung und Funktionsweise des Risikopräventionssystems verantwortlich ist.

Darüber hinaus ist sie für die Umsetzung und Einhaltung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und anderen Straftaten zuständig.

Der Compliance-Beauftragte muss qualifiziert und bei der Oberaufsichtsbehörde für Unternehmen und bei der UAFE registriert sein.

2. Über ein Handbuch zur Verhinderung von Geldwäsche und der Finanzierung von Straftaten verfügen.

Dieses Instrument muss von der Aktionärs-/Gesellschafterversammlung des Unternehmens gebilligt werden und muss die im Gesetz und anderen einschlägigen Vorschriften enthaltenen Bestimmungen

enthalten.

Es sollte Strategien, Verfahren, Mechanismen und Methoden für das Risikomanagement enthalten und entsprechend den Merkmalen der einzelnen Wirtschaftssektoren entwickelt werden. Es sollte Leitlinien zu Kundenkenntnis, wirtschaftlichem Eigentum, politisch exponierten Personen und Sorgfaltspflichten enthalten.

VIII. Verwaltungsrecht: Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Staat

Die Beziehungen zwischen natürlichen und juristischen Personen und der öffentlichen Verwaltung werden hauptsächlich durch das Verwaltungsgesetzbuch (COA) geregelt.

Das COA wurde am 7. Juli 2017 im Registro Oficial, Anhang Nr. 31, veröffentlicht und trat am 7. Juli 2018 in Kraft. Es ist das erste Gesetz in Ecuador, das die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung weitreichend und umfassend regelt.

Dieses Gesetzeswerk besteht aus 344 Artikeln, die die Ausübung der Verwaltungsfunktion der Organe des öffentlichen Sektors gemäß Artikel 225 der Verfassung der Republik Ecuador regeln.

Das COA hat folgenden Inhalt: Vorläufiges Buch "Normas Rectoras" (Leitende Regeln); Buch Eins "Las Personas y las Administraciones Públicas" (Subjekte und die Organe der öffentlichen Verwaltung); Buch Zwei "El Procedimiento Administrativo" (das Verwaltungsverfahren); Buch Drei "Procedimientos Especiales" (Besondere Verfahrensarten); und Buch Vier "Responsabilidad Extracontractual del Estado" (Außervertragliche Haftung des Staates).

Dieses Gesetzeswerk enthält eine Reihe von Grundsätzen, denen das Handeln der Verwaltung unterworfen sein muss, darunter das Legalitätsprinzip, das Vertrauensprinzip und das Verbot der Verwaltung.

Das Verwaltungsverfahren in der COA besteht aus drei Phasen: Einleitung, Verhandlung, Beendigung und Vollstreckung.

Die betroffenen Personen können sich gegen die Maßnahmen der Verwaltung verteidigen, deren Entscheidung innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat nach Ablauf der Beweisfrist erlassen und zugestellt wird.

So regelt die COA die Anfechtungen im Verwaltungsbereich und sieht zwei Rechtsbehelfe vor: die Berufung und den außerordentlichen Revisionsrekurs. Zu diesem Zweck enthält sie allgemeine Regeln, die für beide Arten von

Rechtsbehelfen gelten: die Anforderungen an die Form und den Mindestinhalt, den Rechtsbehelf oder die Bearbeitungsphasen.

Öffentliche Einrichtungen haften für die ordnungsgemäß qualifizierten Schäden, die sich aus ihren Handlungen oder Unterlassungen ergeben, ebenso wie der Beauftragte und der Konzessionär und subsidiär der Staat.

Die Entschädigung für den entstandenen Schaden kann in Geld erfolgen, was die Entschädigung für immaterielle Schäden einschließt.

Verwaltungsakte können vor den Bezirksverwaltungsgerichten durch eine Reihe von Klagen angefochten werden.

IX. Das Strafrechtssystem Ecuadors

Der Código Orgánico Integral Penal (Strafgesetzbuch) wurde im R. O. N° 180 vom 10. Februar 2014 veröffentlicht und 180 Tage später in Kraft.

Aufbau. - Es besteht aus vier Büchern mit 730 Artikeln, 4 allgemeinen Bestimmungen, 26 aufhebenden Bestimmungen und einer Schlussbestimmung.

Das Vorbuch enthält die Grundregeln; das Erste Buch behandelt die Straftatbestände, das Zweite Buch das Verfahren und das Dritte Buch regelt die Vollstreckung. Kurz gesagt, die COIP fasst in einem einzigen Gesetzeswerk die materiellen, adjektivischen und vollstreckungsrechtlichen Sanktionen zusammen.

Das umfassende Strafgesetzbuch (Código Orgánico Integral Penal -COIP-) hat eine Aktualisierung der Strafrechtslehre ermöglicht, wodurch neue strafrechtlich relevante Verhaltensweisen typisiert wurden, die an internationale Standards angepasst sind. So wurden u.a. Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Menschenrechtsverletzungen aufgenommen.

Diese relevanten Straftatbestände sind in das Gesetz aufgenommen worden:

- Strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen,
- Ungerechtfertigte private Bereicherung,
- Nicht-Zugehörigkeit zum sozialen Sicherungssystem,
- Einbehaltung von Arbeitnehmerbeiträgen,

- Angriffe auf Natur und Umwelt;
- Wirtschaftskriminalität (Finanzpanik),
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Terrorismus,
- Angriffe auf die Sicherheit von Informations- und Kommunikationssystemen,
- Femizid,
- Verbrechen aus Hass,
- Missbrauch und Tod von Haustieren,
- Totschlag durch berufliches Fehlverhalten;
- Verkehrsverstöße und Zuwiderhandlungen werden aufgenommen.,
- Unerlaubte Berufsausübung

Die verfahrensrechtlichen Änderungen lauten wie folgt:

- Das Verfahren für die Verurteilung von Personen wird festgelegt sowie die Förderung der sozialen Wiedereingliederung und eine umfassende Wiedergutmachung für die Opfer;
- Unmittelbares Verfahren, bei schwerwiegenden Verstößen;
- Das Urteil wird nach Abschluss der mündlichen Verhandlung verkündet.
- Gemeinschaftsarbeit bei Straftaten, die mit einer Freiheitsstrafe von weniger als 6 Monaten bedroht sind, oder bei Ordnungswidrigkeiten.

Andere Normen beziehen sich auf die Rechtspflege, wie z. B. Sanktionen für Justizbedienstete, Staatsanwälte, Sachverständige und Richter, die nicht an Verfahren teilnehmen, Geldstrafen für Rechtsanwälte und Berufsverbote, wenn sie die Entwicklung der Justiz behindern, um nur einige zu nennen.

X. Das Migrationsverfahren

Der Migrationsprozess in Ecuador ist eine zwingende Voraussetzung für ausländische Personen, die beschließen, sich in Ecuador niederzulassen; mit

anderen Worten, der Einwohner ist jede ausländische Person, die eine Migrationskategorie für einen dauerhaften oder vorübergehenden Aufenthalt erworben hat. Artikel 8 des Grundgesetzes über die menschliche Mobilität besagt, dass "jeder Ausländer, der einen Antrag auf Aufnahme in Ecuador als Einwanderer oder Nicht-Einwanderer stellt, mit Ausnahme von Durchreisenden, im Besitz eines Visums sein muss, das von einem Beamten des ecuadorianischen Auslandsdienstes ausgestellt wurde, der in der Abwesenheit des Ausländers an seinem Wohnort, dem nächstgelegenen Ort, Dienst tut".

In Ecuador können folgende Aufenthaltsarten gewährt werden: befristeter Aufenthalt und Daueraufenthalt.

Die Daueraufenthaltsgenehmigung erlaubt es einer Person, auf unbestimmte Zeit in Ecuador zu bleiben, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, die im Grundgesetz über die menschliche Mobilität festgelegt sind, darunter:

1. Mindestens einundzwanzig Monate ununterbrochen in Ecuador gelebt zu haben und den entsprechenden Antrag vor Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes zu stellen.;
2. Mit einer ecuadorianischen oder ausländischen Person mit ständigem Wohnsitz verheiratet zu sein oder eine rechtlich anerkannte De-facto-Ehe führen.;
3. Als ausländisches Kind, ausländischer Jugendlicher oder als ausländische Person mit einer Behinderung, abhängig von einer ecuadorianischen Person oder einem Ausländer mit ständigem Wohnsitz zu sein; oder,
4. Ein Verwandter bis zum zweiten Grad der Blutsverwandtschaft mit einem ecuadorianischen Staatsbürger oder einem ausländischen Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz in Ecuador sein.

Der befristete Aufenthalt ist eine Migrationsbedingung, die es einer Person erlaubt, sich bis zu 2 Jahre in Ecuador aufzuhalten, wobei eine mehrmalige Verlängerung möglich ist. Die häufigsten Visa für einen befristeten Aufenthalt sind die folgenden:

Arbeitsvisum: Der Ausländer kann die Kategorie "Arbeit" bei den jeweiligen zonalen Koordinierungsstellen oder bei den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen beantragen, wobei er die Grundvoraussetzungen und die folgenden Voraussetzungen erfüllen muss:

- Schreiben des Auftraggebers.
- Kopie des Personalausweises / Reisepasses des gesetzlichen Vertreters.
- Gesetzlich eingetragene Ernennung.
- Kopie des Ruc.

- Bescheinigung über die Nichtverschuldung bei der ecuadorianischen Sozialversicherungsanstalt (Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social)..
- Bescheinigung über das Nichtvorhandensein von Verbindlichkeiten gegenüber dem Servicio de Rentas Internas.
- Bescheinigung über die Nichtverschuldung bei der Superintendencia de Compañías (Oberste Aufsichtsbehörde für Unternehmen).
- Verfügbarkeit von mindestens 45.000 USD.
- Arbeitsvertrag.
- Vom Arbeitsministerium ausgestellte Bescheinigung über die Eintragung des Vertrags.

Visum für Investoren: Der Ausländer kann bei den jeweiligen zonalen Koordinationsbüros des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten und menschliche Mobilität oder bei den diplomatischen Vertretungen oder Konsulaten ein Investorenvisum beantragen, für das folgende Unterlagen einzureichen sind:

- Dokumente, die das Vermögen oder die wirtschaftlichen Ressourcen des in- oder ausländischen Unternehmens belegen, wie z. B.:
- Titel, Police oder Einlagenzertifikat mit einer Mindestlaufzeit von siebenhundertdreißig (730) Tagen, ausgestellt von einem Kreditinstitut, das von der Oberaufsichtsbehörde für Banken oder der Oberaufsichtsbehörde für Volks- und Solidarwirtschaft anerkannt ist, über einen Betrag von mindestens einhundert (100) einheitlichen Grundgehältern des Arbeitnehmers im Allgemeinen;
- Kaufvertrag über eine im Staatsgebiet gelegene Immobilie, deren Eigentümer er/sie ist, eingetragen im Grundbuch des jeweiligen Kantons, wobei der Betrag nicht weniger als einhundert (100) einheitliche Grundgehälter beträgt;
- Dokument, das den Besitz von Aktien oder Beteiligungen an einem ecuadorianischen Unternehmen für einen Betrag von mindestens einhundert (100) einheitlichen Grundgehältern bescheinigt und ordnungsgemäß bei der Aufsichtsbehörde für Unternehmen, Wertpapiere und Versicherungen registriert ist.
- Kopie der öffentlichen Urkunde über den mit dem ecuadorianischen Staat unterzeichneten Investitionsvertrag, die in Kraft ist.

Gesetzliche Vertreter von juristischen Personen oder administrative Führungspositionen. - Unter der Kategorie Investor sind alle ausländischen Personen zu verstehen, die eine juristische, kaufmännische oder ähnliche Funktion in in- oder ausländischen Körperschaften und/oder Gesellschaften mit einem Grundkapital von mindestens 100 einheitlichen Mindesteinkommen innehaben, für die die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

- Im Falle von gesetzlichen Vertretern, Verwaltungs- oder verwandten Führungspositionen in nationalen Unternehmen, ausländischen Unternehmen mit Sitz in Ecuador oder Zweigstellen ausländischer Unternehmen mit Sitz im Land muss die Ernennung ordnungsgemäß im Handels- bzw. Eigentumsregister eingetragen werden.
- Für den General- oder Sonderbevollmächtigten: es bedarf einer Vollmacht, die von der Gesellschaft für die Ausübung von Handelsaktivitäten oder die Vertretung in Ecuador erteilt wird. Zu diesem Zweck muss das Unternehmen bei der Oberaufsichtsbehörde für Unternehmen, Wertpapiere und Versicherungen registriert sein und die entsprechende Vollmacht im Handelsregister eintragen lassen.
- Für den Handelsvertreter: es bedarf einer von der inländischen oder ausländischen juristischen Person ausgestellten Vollmacht zugunsten des Handelsvertreters, die ordnungsgemäß apostilliert oder beglaubigt sein muss.

Fachmann, Techniker, Technologie oder Handwerker. - Ein Ausländer kann sich für die Kategorie Fachmann, Techniker, Technologie oder Handwerker bei den jeweiligen zonalen Koordinationsbüros oder bei den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen bewerben, wobei er die Grundvoraussetzungen und die folgenden Voraussetzungen mitbringen muss:

- Vorlage der von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes ausgestellten und beglaubigten bzw. apostillierten Berufsbezeichnung Techniker oder Technologie, die nach Erteilung des Visums innerhalb von höchstens drei (3) Monaten bei der zuständigen ecuadorianischen Behörde registriert werden muss.
- Sobald der Titel in Ecuador registriert ist, muss der Ausländer innerhalb von zwei (2) Tagen eine Kopie des registrierten Titels bei der Behörde für menschliche Mobilität einreichen. Sobald der Ausländer diese Anforderung vorlegt, sendet die Behörde, die das Visum ausgestellt hat, die entsprechende Anordnung zur Ausstellung eines Ausweises an die Standesamtsbehörde.
- Ausländische Personen, die den Status eines Handwerkers haben, müssen innerhalb einer Frist von höchstens drei (3) Monaten bei der Behörde für menschliche Mobilität die Registrierung ihrer Tätigkeit bei der zuständigen Stelle in Ecuador und deren Validierung beim Nationalen Ausschuss für den Schutz der Handwerker vorlegen. Sobald die ausländische Person diese Anforderung erfüllt, sendet die Behörde, die das Visum ausgestellt hat, die entsprechende Anordnung zur Ausstellung eines Ausweises an die Behörde für das Standesamt.

Die folgenden Dokumente sind für die Erteilung eines Visums aller Art erforderlich:

- Original Reisepass mit einer Gültigkeit von mindestens 6 Monaten

- Strafregisterbescheinigung des Herkunftslandes oder des letzten Wohnsitzes für die letzten 5 Jahre, ordnungsgemäß apostilliert oder beglaubigt, wenn das Land, das die Bescheinigung ausstellt, nicht dem Haager Apostille-Übereinkommen beigetreten ist..
- Für jede Art von Visum erforderliche Dokumente.

Andererseits ist zu berücksichtigen, dass nach dem Gesetz über das Personenstandswesen, die Identifizierung und die Identifikation, die Pflicht besteht, einen Ausweis (cédula de identificación) für diejenigen zu erhalten, die ein befristetes oder dauerhaftes Aufenthaltsvisum erhalten. Für diesen Vorgang können folgende Dokumente vorgelegt werden, um eine vollständigere Information über dieses Dokument zu erhalten:

- Geburtsurkunde.
- Heiratsurkunde.
- Im Falle von Fachleuten: Diplom der dritten Stufe.

XI. Immobilienrecht/Real Estate

Das Immobilienrecht nimmt in Ecuador aufgrund der in den letzten Jahren getätigten Immobilientransaktionen zu, weshalb es zur Rechtssicherheit des Käufers, Verkäufers oder anderer Beteiligter unerlässlich ist, diese Geschäfte vertraglich abzusichern. Außerdem ist es wichtig, dass Immobilienangelegenheiten sowohl vor dem Standesamt als auch vor der Gemeinde geregelt werden.

Zu den gebräuchlichsten Verfahren für die Übertragung des Eigentums an Immobilien gehören die folgenden:

- Verkaufs- und Kaufversprechen (nicht steuerpflichtig)
- Endgültige Käufe
- Immobilien-Trusts
- Testamente
- Auszeichnungen
- Spenden
- Abtretung von Rechten

Bei jeder Art von Eigentumsübertragung, mit Ausnahme von Sonderfällen, die in unserem Gesetzbuch der territorialen Organisation festgelegt sind, müssen die kommunalen und provinziellen Steuern gezahlt werden, die bei der Übertragung des Eigentums an einer Immobilie anfallen. Diese Steuern entsprechen den "Alcabalas", dem Gewinn/Mehrwert und den an der Immobilie vorgenommenen Verbesserungen. Im Falle von Schenkungen, Vermächtnissen oder Erbschaften muss auch die Erklärung über die Erbschaftssteuer, Schenkungen und Vermächtnisse abgegeben werden,

sowie die Zahlung der oben genannten Steuer, wenn die Transaktion den Wert von 76.558 \$ übersteigt.

Was den Gemeindesitz betrifft, so ist es wichtig, das Kataster des Grundstücks zu aktualisieren und zu regularisieren, wenn auf dem Grundstück gebaut oder gearbeitet wird. Bei der Katasterbereinigung werden die Flächen auf der Grundlage der von Technikern durchgeführten planimetrischen Vermessungen bereinigt.

XII. Schutz persönlicher Daten

Am 26. Mai 2021 trat das Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten in Kraft, das die Ausübung des Rechts auf den Schutz personenbezogener Daten, einschließlich des Zugangs zu und der Entscheidung über Informationen und Daten dieser Art, sowie den entsprechenden Schutz gewährleisten soll.

Um dessen Zweck zu erfüllen, entwickelt das Gesetz eine Reihe von Grundsätzen, Rechten, Pflichten und Schutzmechanismen, die für die Verarbeitung personenbezogener Daten gelten und durchsetzbar sind.

Das System der Verwaltungsanktionen wird vorübergehend ausgesetzt und tritt am 26. Mai 2023 in Kraft. Es definiert geringfügige und schwere Verstöße mit Sanktionen zwischen 0,1 und 1 Prozent des Umsatzes, berechnet auf den Betrag, der sich aus dem Verkauf von Produkten und der Erbringung von Dienstleistungen durch die wirtschaftlichen Akteure im letzten ihrer Tätigkeit entsprechenden Geschäftsjahr ergibt, nach Abzug der Mehrwertsteuer und anderer unmittelbar mit der wirtschaftlichen Tätigkeit verbundener Steuern.

Neben der Geldbuße, die für die Begehung einer Zuwiderhandlung verhängt werden kann, werden die sanktionierten Verantwortlichen und Verantwortlichen in das nationale Register der Verantwortlichen und Verantwortlichen für Verstöße eingetragen.

Innerhalb des territorialen Geltungsbereichs der Vorschrift sollte bekannt sein, dass ein extraterritorialer Geltungsbereich der Vorschrift festgelegt wurde, was bedeutet, dass die Einhaltung der Vorschrift obligatorisch wäre, wenn:

1. die Verarbeitung personenbezogener Daten in einem beliebigen Teil des Staatsgebiets erfolgt;
2. der für die Verarbeitung Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter personenbezogener Daten seinen Sitz in einem beliebigen Teil des Staatsgebiets hat;
3. die Verarbeitung personenbezogener Daten von betroffenen Personen mit

Wohnsitz in Ecuador durch einen nicht in Ecuador niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiter erfolgt, wenn die Verarbeitungstätigkeiten im Zusammenhang stehen mit: 1) dem Angebot von Waren oder Dienstleistungen an diese betroffenen Personen, unabhängig davon, ob sie dafür bezahlen müssen, oder 2) der Überwachung ihres Verhaltens, sofern diese Überwachung in Ecuador stattfindet.; und,

4. der für die Verarbeitung personenbezogener Daten Verantwortliche oder der Auftragsverarbeiter, der nicht im Inland ansässig ist, aufgrund eines Vertrags oder der geltenden Vorschriften des Völkerrechts dem nationalen Recht unterliegt.

Andererseits wurde in Ecuador für bestimmte Organisationen die Verpflichtung anerkannt und festgelegt, einen Beauftragten für den Schutz personenbezogener Daten zu haben, der innerhalb der Organisation im Allgemeinen beratende und überwachende Funktionen ausübt. Dieser Beauftragte hat zivil-, verwaltungs- und strafrechtliche Verantwortung in Bezug auf seine Funktionen.

Generell hat sich Ecuador die von der Organisation Amerikanischer Staaten herausgegebenen Grundsätze zum Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten zu eigen gemacht, die internationale Standards und Praktiken in diesem Bereich widerspiegeln.

XIII. Geistiges Eigentum

Die Regeln für Eigentumsrechte in Ecuador sind in erster Linie der Beschluss 486 der Andengemeinschaft (CAN). Dabei handelt es sich um ein normatives Instrument, das das geistige Eigentum in den Mitgliedsländern der CAN regelt: Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru. Es wurde im Dezember 2000 verabschiedet und trat im Januar 2001 in Kraft. Dieser Beschluss harmonisiert die Regeln für geistiges Eigentum in den Mitgliedsländern und legt gemeinsame Standards in Bereichen wie Patente, Urheberrechte, Marken, gewerbliche Muster und Modelle fest. Der Beschluss 486 schafft einen Rechtsrahmen, der den Schutz und die Verwaltung von Rechten an geistigem Eigentum in der Region fördert und damit Innovation, Kreativität und wirtschaftliche Entwicklung in den Andenländern begünstigt.

Auf der anderen Seite gibt es den Kodex für die Sozialwirtschaft des Wissens und der Innovation, der 2016 in Kraft trat und das Gesetz über geistiges Eigentum ersetzt. Der Organische Kodex für die Sozialwirtschaft des Wissens und der Innovation (COESCI) regelt Fragen des geistigen Eigentums im Land durch verschiedene Grundsätze:

1. Rechte am geistigen Eigentum: Der COESCI erkennt die Rechte am geistigen Eigentum an wissenschaftlichen und technologischen Kreationen, Innovationen, traditionellem Wissen und Know-how usw. an und schützt sie..
2. Registrierung und Schutz: Legt Verfahren für die Registrierung von Rechten an geistigem Eigentum sowie Maßnahmen zum Schutz dieser Rechte fest.
3. Förderung und Ermutigung von Innovationen: Der Kodex zielt darauf ab, Innovation und technologische Entwicklung im Land zu fördern und den Schutz des geistigen Eigentums als Anreiz für die Schaffung und Verbreitung von Wissen zu unterstützen.
4. Zugang zu Informationen und Technologietransfer: Regelt den Zugang zu Informationen, den Technologietransfer und die gemeinsame Nutzung von Wissen und sorgt für ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und der Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der COESCI einen Rechtsrahmen zur Regelung und Förderung des Schutzes des geistigen Eigentums in Ecuador schafft, der internationalen Standards entspricht und darauf abzielt, Innovationen und die Entwicklung der wissensbasierten Wirtschaft im Land zu fördern.